

Hilfe durch die zusätzliche Lieferung von Lebensmitteln, Steinkohle, Walzerzeugnissen, Buntmetallen, Baumwolle und anderen Waren. Der Kredit in Höhe von 485 Millionen Rubel wird zu einer Verzinsung von nur zwei Prozent gewährt. Das ist echte Hilfe, frei von jedem Profitstreben. Das ist Freundschaftshilfe, wie sie eben nur ein sozialistischer Staat einem anderen Volke erweisen kann.

Schließlich ist sogar auf Anregung unserer Delegation für die deutschen Kriegsgefangenen, die wegen begangener Verbrechen verurteilt sind, eine großzügige Befreiung von der Strafverbüßung vorgesehen, von der nur besonders schwere Verbrechen gegen die Menschlichkeit ausgenommen sind. Darin liegt für uns eine Verpflichtung, den blutbesudelten Faschismus, der deutsche Soldaten zu Verbrechern gegen andere Völker machte, in Deutschland nie wieder hochkommen zu lassen. Das sind wir unserem eigenen Volke und den Völkern Europas schuldig.

Zusammenfassend möchte ich feststellen: Die Note der Sowjetregierung vom 15. August, das sowjetisch-deutsche Kommuniqué über die Verhandlungen zwischen der Sowjetregierung und der Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik sowie das dazugehörige Protokoll bieten dem ganzen deutschen Volke die reale Möglichkeit, dem heutigen unwürdigen Zustand der Spaltung, der Bevormundung durch imperialistische Mächte und der dauernden Gefährdung durch ausländische Kriegstreiber ein Ende zu bereiten. Dank der Freundschaft der Sowjetunion kann unser Volk in naher Zukunft die demokratische Einheit seines Vaterlandes, einen gerechten Friedensvertrag und seine nationale Selbständigkeit und Unabhängigkeit gewinnen. Ich habe die Hoffnung und Gewißheit, daß sich auch in Westdeutschland genügend Männer und Frauen finden, die ein so hohes Nationalbewußtsein haben, daß sie die Interessen Deutschlands über Geldsack und Profit, über Partei- und Konfessionsinteressen stellen und uns auf dem Weg zur gesamtdeutschen Verständigung entgegenkommen werden. Unsere Entscheidung ist klar: Wir haben den Weg der nationalen Einheit und des Friedens gewählt!

„Neues Deutschland“ vom 25. August 1953.

Stimmt für die Einheit Deutschlands und für den Frieden!

*Rundfunkansprache an die Bevölkerung Westdeutschlands
am Vorabend der Wahlen*

Liebe Landsleute im Westen unserer deutschen Heimat!

Arbeiter, Bauern und Bürger der Bundesrepublik!

Liebe deutsche Jugend!

Im Bewußtsein der Verantwortung aller Deutschen für die Einheit und den Frieden unseres Vaterlandes wende ich mich an euch. Die bevorstehenden Wahlen zum Bundestag finden in einer für ganz Deutschland entscheidenden Zeit statt. Zwei Wege liegen vor unserem Volke. Der eine Weg führt über die gesamtdeutsche Verständigung zur Friedenskonferenz und zum Friedensvertrag. Er bringt die Wiedervereinigung Deutschlands auf demokratischen Grundlagen und seine nationale Unabhängigkeit. Ein solches Deutschland, frei von den alten Kräften der Reaktion und des Krieges, wird als friedliche Großmacht wiedererstehen und mit allen Völkern in Freundschaft zusammenarbeiten.

Der andere Weg führt über die Kriegsverträge von Bonn und Paris zur unbeschränkten Herrschaft der Reaktion und des Militarismus. Er führt zur Verewigung der imperialistischen Fremdherrschaft und zum dritten Weltkrieg auf deutschem Boden. Auf diesem Weg gibt es keine Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und keinen Friedensvertrag. Diesen Weg der fortwährenden Spaltung, der Aufrüstung und des Krieges hat Adenauer beschritten. Adenauers Politik ist keine deutsche, sondern eine amerikanische Politik. Durch die Wahleinmischung des amerikanischen Außenministers Dulles, des Kriegsbrandstifters von Korea, ist das noch einmal bekräftigt worden.

Herr Dulles hat die andauernde Teilung Deutschlands einen Skandal und ein Verbrechen genannt. Aber dieses Verbrechen ist im Dezember 1946 mit der Unterzeichnung des Zweizonen-

abkommens in Washington verübt worden. Das war der Beginn der Spaltung Deutschlands, die durch die separate Währungsreform und die Bildung des westdeutschen Separatstaates immer mehr vertieft wurde. Der Bonner Generalvertrag und das Pariser Militärabkommen sollen Westdeutschland endgültig in den Kriegsblock der Atlantikmächte einbeziehen. Die von Adenauer unterzeichneten Verträge schließen die Wiedervereinigung Deutschlands aus, sie machen einen Friedensvertrag unmöglich. Das ist der Grund, warum die Wahlen am 6. September 1953 auch eine Entscheidung über Krieg und Frieden sind. Wer Adenauer oder seine Kandidaten wählt, stimmt für den Krieg. Wer die Gegner Adenauers wählt, stimmt für den Frieden. Das ist die unbestreitbare Wahrheit. Wer für den Frieden ist, kann nur für die Kandidaten stimmen, die entschiedene Gegner der Adenauer-Regierung sind.

Liebe Landsleute!

In dieser entscheidungsvollen Situation unseres Volkes genügt es aber nicht, nur die amerikanische Politik Adenauers abzulehnen. Es gilt vielmehr, die demokratische Einheit Deutschlands und den Frieden zu bejahen. Diese beiden großen Ziele unseres Volkes können erreicht werden. Die Vorschläge der Sowjetregierung für einen Friedensvertrag eröffnen uns den Weg zu einem einheitlichen und demokratischen Deutschland, das, befreit von allen Reparationen, frei von jeder Verschuldung, frei auch von jeder Besatzung, als unabhängiger und souveräner Staat mit allen Völkern in Frieden lebt. Der erste Schritt auf diesem Wege ist die Verständigung der Deutschen aus Ost und West über die Bildung einer Provisorischen Gesamtdeutschen Regierung, die die nationalen Interessen und Rechte des deutschen Volkes auf einer Friedenskonferenz vertritt. Über ein deutsches Volk, das durch die Verständigung zur demokratischen Einheit gekommen und von den friedliebenden Völkern unterstützt wird, können auch die imperialistischen Staatsmänner nicht mehr selbstherrlich Entscheidungen treffen. Darum fördert die Verständigung der Deutschen auch die Verständigung der Großmächte.

Es ist Sache der Deutschen, für ihre gerechten nationalen Forderungen einzutreten. Das ist eine Aufgabe wahrer Volks-

vertreter, die sich von den Gesamtinteressen der Nation leiten lassen. Darum gilt es, bei der Bundestagswahl die Stimme jenen Kandidaten zu geben, die für die Verständigung der Deutschen untereinander, für die gemeinsame Vertretung der Interessen Deutschlands auf einer Friedenskonferenz und für den schnellsten Abschluß eines Friedensvertrages eintreten. Sie werden wirkliche Vorkämpfer der demokratischen Einheit Deutschlands und eines dauerhaften Friedens sein.

Die Wahl zum Bundestag ist also eine Wahl zwischen fort-dauernder Spaltung und demokratischer Einheit, zwischen Krieg und Frieden. Vor diese Wahl gestellt, erwächst allen deutschen Männern und Frauen die nationale Pflicht, für Einheit und Frieden, für die Gegner Adenauers zu stimmen.

„Neues Deutschland“ vom 5. September 1953.

Karl-Marx-Orden die höchste Auszeichnung unserer Republik

*Ansprache bei der Verleihung der Urkunden im Amtssitz in Berlin
14. September 1953*

Liebe Genossen!

Ich habe euch zum Empfang der Urkunde über die Verleihung des Karl-Marx-Ordens geladen.

Leider war ich durch meinen Krankheitsurlaub verhindert, euch den Karl-Marx-Orden persönlich zu überreichen. Darum freut es mich heute ganz besonders, euch die Urkunden überreichen und jedem einzelnen die Hand drücken zu können.

Der Karl-Marx-Orden ist die höchste Auszeichnung unserer Republik. Er wird an Personen und Institutionen verliehen, die im politischen Kampf oder beim wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau ganz Hervorragendes für die glückliche Zukunft eines einheitlichen Deutschlands geleistet haben. Die ersten Karl-Marx-Orden wurden mit Recht den verdienten Kämpfern der Arbeiterbewegung verliehen, die besonders viel getan haben, um der Lehre von Karl Marx in Deutschland zum Siege zu verhelfen. Ich habe darum den Vorschlägen des Ministerrats mit freudigem Herzen zugestimmt. Ihr alle habt ein Leben lang aufopfernd und treu für die Sache der Arbeiterklasse gekämpft. Ihr vertretet Zehntausende proletarischer Kämpfer, die durch ihren unermüdlischen Einsatz die Voraussetzungen schufen, damit in einem Teil Deutschlands die Schaffung der Grundlagen des Sozialismus in Angriff genommen werden konnte. Darum ist eure Auszeichnung mit dem Karl-Marx-Orden zugleich eine Ehrung all der treuen und verdienten Genossen, die im Kampf um Frieden, Freiheit und Sozialismus ihre ganze Kraft und ihr Leben eingesetzt haben.

Nach den Terrorwahlen zum Bundestag erheben die faschistischen und militaristischen Kräfte in Westdeutschland wieder drohend ihr Haupt. Wir Alten wissen, worum es Adenauer geht, wenn er die KPD durch den Stimmenraub seines Wahlgesetzes

aus dem Bundestag ausschaltete, wenn er die einheitlichen Gewerkschaften gleichschalten oder spalten will. Das kündigt einen Generalangriff der kriegslüsternden Reaktion auf die Werktätigen an, wie wir ihn in den Jahren 1932/1933 schon einmal erlebt haben. Damals wurde die Arbeiterklasse geschlagen, weil sie gespalten war. Das darf sich nicht wiederholen. Ein neuer Krieg des westdeutschen Imperialismus würde zur endgültigen Vernichtung Deutschlands führen.

Die Aktionseinheit der Arbeiterklasse in ganz Deutschland ist heute das Gebot der Stunde. Nur dadurch kann die Reaktion, die ihre Angriffe nunmehr auch stärker auf die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und die Gewerkschaften richtet, zurückgeschlagen werden. Ihr, liebe Genossinnen und Genossen, seid jahrzehntelang führend in der Arbeiterbewegung und in den Gewerkschaften tätig gewesen. Ihr habt wesentlich dazu beigetragen, daß die verhängnisvolle Spaltung überwunden und die Einheit der Arbeiterbewegung in der Deutschen Demokratischen Republik geschaffen wurde. Setzt auch weiterhin alle eure Kraft und die Erfahrungen eures kampfreichen Lebens ein, um die Aktionseinheit der Arbeiterbewegung in ganz Deutschland im Kampfe gegen die militaristische und faschistische Reaktion in Westdeutschland herzustellen. Mit dem Wunsche, daß euch für diese Aufgabe Kraft und Gesundheit beschieden sei, überreiche ich euch nunmehr die Urkunden zum Karl-Marx-Orden.

„Neues Deutschland“ vom 15. September 1953.

An alle Mitglieder der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

*Schlußwort auf der 16. Tagung des ZK der SED
19. September 1953*

Wir schließen die Beratungen der 16. Tagung des Zentralkomitees unserer Partei ab. In den drei Tagen wurde in den Referaten und Diskussionsreden eine kritische Überprüfung der Ergebnisse des neuen Kurses seit der 15. Tagung vorgenommen. Es wurde große Arbeit für die weitere Konkretisierung des neuen Kurses unserer Partei geleistet. Die Beratungen der 16. Tagung des Zentralkomitees legten die Hauptaufgaben fest, um den neuen Kurs noch erfolgreicher als bisher durchzuführen. Es wurden dazu keine neuen Entschließungen angenommen. Die Entschließung der 15. Tagung des Zentralkomitees enthält die Generallinie unserer Partei und die konkreten Aufgaben für die ganze nächste Zeit.

Eben, weil die Beschlüsse der 15. Tagung von so entscheidender Bedeutung für die Politik, den Kampf und die Arbeit unserer Partei sind, möchte ich die Gelegenheit benutzen, vor dem Zentralkomitee noch einmal mein volles Einverständnis mit den Beschlüssen der 15. Tagung zum Ausdruck zu bringen. Das gilt vor allem auch für die Beschlüsse, in denen die 15. Tagung des Zentralkomitees den prinzipienlosen Kampf der kapitulantenhaften fraktionellen Gruppe Herrstadt-Zaisser zerschlagen und die Einheit und Geschlossenheit unserer Partei gesichert hat. Die Einheit der Partei auf der ehernen Grundlage des Marxismus-Leninismus immer fester zu schmieden — das muß für jeden von uns stets das höchste Gebot sein. Die Ereignisse des 17. Juni haben uns manche Mängel und Schwächen in der Politik und Arbeit unserer Partei erkennen lassen. Aber, Genossinnen und Genossen, noch wichtiger ist, daß sich in dieser Zeit der gesteigerten feindlichen Anschläge und Treibereien die Einheit unserer Partei bewährt hat. Ja, mehr als das, man darf heute sagen, daß

unsere Partei in diesen Kämpfen politisch gewachsen und in ihrer inneren Einheit gefestigt worden ist. Davon zeugte auch der Verlauf dieser 16. Tagung des Zentralkomitees. Das ist eine große und bedeutungsvolle Tatsache, die uns den Erfolg des neuen Kurses und schließlich den Sieg im großen Kampf um die Einheit eines wahrhaft friedliebenden und demokratischen Deutschlands gewährleistet.

Die kritische Überprüfung des seit der 15. Tagung Geleisteten zeigt uns aber auch die ganze Größe der Aufgaben, die für die allseitige Verwirklichung des neuen Kurses noch zu lösen sind. Die bereits erreichte Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse und der Werktätigen unserer Republik kann nur als ein Anfang betrachtet werden. Es gilt jetzt, die bereits erzielten Erfolge zu festigen und weiterzuentwickeln. Dazu ist in erster Linie die Verstärkung der politischen Aufklärungsarbeit, die Gewinnung der ganzen Masse der Arbeiterklasse und der Werktätigen für den neuen Kurs erforderlich. Dazu gehört unbedingt die Anprangerung und Zerschlagung der feindlichen Umtriebe, die Unschädlichmachung der von den westdeutschen und amerikanischen Imperialisten entsandten und angeworbenen Agenten. Daraus wiederum ergibt sich die Notwendigkeit, alle Werktätigen zu gesteigerter Wachsamkeit zu erziehen.

In der ganzen Partei und darüber hinaus in allen Massenorganisationen, im Staatsapparat und in der Wirtschaft ist volle politische Klarheit über die Aufgaben des neuen Kurses zu schaffen. Dann wird es gelingen, die Massen zu mobilisieren und ihre Initiative voll zu entfalten. Das aber ist eine unerläßliche Voraussetzung, um die großen Aufgaben erfolgreich zu lösen, die in der Industrie, vor allem in der Entfaltung der Gebrauchsgüterindustrie, vor uns stehen. Das gilt auch für die Landwirtschaft, in der die Produktionsgenossenschaften politisch und wirtschaftlich zu festigen sind und bei den werktätigen Bauern ein allgemeiner Aufschwung in Ackerbau und Viehzucht zu erzielen ist. Mit der aktiven Hilfe der Werktätigen wird es auch gelingen, die vielfältigen und großen Mängel zu überwinden, die auf dieser Tagung in der Arbeit unseres Handels aufgedeckt worden sind.

Alles das ist notwendig, um wirklich jene allgemeine Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse und der Werktätigen zu

erreichen, die das Wesen des neuen Kurses ausmacht. Die Voraussetzungen dafür sind günstiger als je zuvor. Sie sind geschaffen worden durch das große Aufbauwerk, das wir seit der endgültigen Zerschlagung des Hitlerfaschismus vollbracht haben. Sie sind gegeben durch die große Hilfe und den ständigen Beistand, den wir von der Sowjetunion und den Volksrepubliken erhalten. Unsere Bevölkerung verspürt schon heute täglich in der Versorgung die Auswirkungen dieser wahrhaft großherzigen Hilfe. Aber es ist ganz ohne Zweifel, daß sich die hervorragenden Ergebnisse der Verhandlungen unserer Regierungsdelegation mit der Regierung der Sowjetunion erst in den kommenden Monaten und Jahren voll auswirken werden. Der Erlaß aller Reparationszahlungen ab 1. Januar 1954, die Übergabe der restlichen SAG-Betriebe und die Herabsetzung der Kosten für den Unterhalt sowjetischer Truppen im Bereich unserer Republik, die Lieferung von Rohstoffen und Halbfabrikaten — alles das wird seine volle Auswirkung erst noch zeigen. Wir müssen es nur verstehen, die schöpferische Initiative unserer Arbeiter und Bauern, Techniker und Wissenschaftler zu entfalten, einen allgemeinen Arbeitselan für die Verwirklichung der großen Ziele des neuen Kurses zu wecken und die wirtschaftlichste und beste Verwendung aller uns zur Verfügung stehenden Rohstoffe und Materialien zu gewährleisten. Dann wird unsere Republik für die Arbeiterklasse und alle Werktätigen in ganz Deutschland zu dem anziehenden und überzeugenden Beispiel dafür werden, wie ein einheitlicher, friedlicher und demokratischer deutscher Staat ohne Monopolkapitalisten und militaristische Reaktion aufgebaut werden kann.

Gerade angesichts des Ausganges der Wahlen in den Bonner Bundestag tritt mit besonderem Nachdruck die Bedeutung der Aufgabe hervor, unsere Deutsche Demokratische Republik als das feste Bollwerk und anziehende Zentrum des Kampfes um ein einheitliches, demokratisches und friedliebendes Deutschland politisch und wirtschaftlich zu stärken. In den Reden der Genossen Ulbricht, Reimann und Buchwitz sind die politischen Zustände und die Lage in Westdeutschland sowie die sich daraus ergebenden Aufgaben grundlegend behandelt und klargestellt worden. Dort ist unter der Oberherrschaft des amerikanischen

Imperialismus die Macht der alten Monopolherren und militaristischen Kriegstreiber wiederhergestellt worden. Dort beherrschen die alten imperialistischen Kräfte die Wirtschaft und den Staatsapparat, den sie rücksichtslos in den Dienst ihrer volksfeindlichen Ziele stellen. Dort wird die ganze Macht des Staates, des Finanzkapitals, der Kirche und der amerikanischen Fremdherrschaft eingesetzt, um die Bevölkerung irrezuführen und zu terrorisieren. Gegenüber dieser geschlossenen Front der imperialistischen und militaristischen Reaktion aber ist die Arbeiterklasse gespalten, und die patriotischen Friedenskräfte sind nicht einheitlich zusammengeschlossen. Die rechten Führer der Sozialdemokratie spielen sich obendrein noch als Preisfechter im Kampf gegen unsere Republik, gegen die Sowjetunion und das gesamte Friedenslager auf. Aus allen diesen Gründen konnten die Wahlen in Westdeutschland das Ergebnis vom 6. September haben.

Vor den Gefahren, die sich aus dieser reaktionären Entwicklung in Westdeutschland, aus dem Scheinsieg Adenauers, für das ganze deutsche Volk ergeben, dürfen wir die Augen nicht verschließen. Aber es wäre auch dumm und verhängnisvoll, wollte man die Bedeutung dieses Wahlausganges überschätzen. Vom parlamentarischen Standpunkt wird es für Adenauer einfacher sein, den Kurs auf ein autoritäres, faschistisch-militaristisches Regime in Westdeutschland durchzuführen. Damit ist aber noch kein einziges der großen nationalen Probleme unseres Volkes gelöst. Im Gegenteil, dadurch wird die Spaltung vertieft und der Abschluß eines Friedensvertrages mit einem einheitlichen Deutschland nur erschwert und hinausgeschoben. Auf Westdeutschland werden die Lasten der Aufrüstung einstürzen. Es wird von den friedliebenden Völkern isoliert werden, bei denen die Abneigung und der Haß gegen ein faschistisch-militaristisches Westdeutschland erneut anwachsen werden. Krisen im Inneren und in der Außenpolitik der Bundesrepublik werden unvermeidlich.

Angesichts einer so verhängnisvollen Entwicklung wächst die Verantwortung der Arbeiterklasse Westdeutschlands. Es ist durchaus nicht zufällig, daß Adenauer am Tage nach der Wahl begonnen hat, das Feuer gegen die westdeutschen Gewerkschaften zu richten, die Gewerkschaften zu spalten oder gleich-

zuschalten versucht. Zwingender als jemals ergibt sich die Notwendigkeit, alles zu tun, um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse in Westdeutschland und darüber hinaus zwischen der Arbeiterklasse der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik herzustellen. Die einheitliche Front der ganzen deutschen Arbeiterklasse ist imstande, im außerparlamentarischen Kampf die Durchführung des Adenauerschen Kurses der Kriegsvorbereitung und der Kriegsabenteuer zu verhindern. In zäher und beharrlicher Arbeit die Gewerkschafter, die sozialdemokratischen und christlichen Arbeiter für den gemeinsamen Kampf, für die Aktionseinheit zu gewinnen — das ist jetzt die zentrale Aufgabe im Kampf um die Rettung des deutschen Volkes vor einer neuen Katastrophe, die aus der abenteuerlichen Politik Adenauers und seiner amerikanischen Hintermänner erwächst. Adenauer ist der Krieg, die Einheit der kämpfenden Arbeiterklasse aber ist der Frieden. Die Einheit der Arbeiterklasse im Bündnis mit allen Werktätigen — das ist die Kraft, die die Einheit eines friedliebenden und demokratischen Deutschlands erzwingen kann.

In diesem Kampf steht die deutsche Arbeiterklasse, steht das friedliebende und patriotische werktätige deutsche Volk nicht allein. Das hat die Note der Sowjetunion vom 15. August, das haben die Ergebnisse der Moskauer Verhandlungen und ihr gewaltiges Echo in der gesamten friedliebenden Welt bewiesen. Auf der Grundlage der Vorschläge der Sowjetunion ist die friedliche Lösung des deutschen Problems real möglich, und wir, die geeinte Partei der deutschen Arbeiterklasse, werden mit verstärkter Kraft dafür kämpfen und unsere historische Mission im Kampf für die Einheit und Unabhängigkeit unserer Nation erfüllen.

Die 16. Tagung des Zentralkomitees hat den bedeutungsvollen Beschluß über die Vorbereitung und die Einberufung des IV. Parteitages unserer Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands gefaßt. Daraus erwachsen der ganzen Partei große Aufgaben. Die Mitgliederversammlungen und Delegiertenkonferenzen geben die Möglichkeit, alle noch vorhandenen Unklarheiten über den neuen Kurs durch gründliche Überprüfung der bisherigen Arbeit jedes Parteimitgliedes und jeder Parteiorganisation zu beseiti-

gen und volle Klarheit über die neuen Aufgaben der Partei zu schaffen. Die hier beschlossenen Direktiven über die Neuwahl der leitenden Parteiorgane und die Wahlen der Delegierten zum IV. Parteitag geben der ganzen Partei die dafür erforderliche Anleitung. Die sorgfältige politische und systematische organisatorische Vorbereitung des IV. Parteitages muß zu einer allgemeinen Mobilisierung der ganzen Partei führen. Man kann den IV. Parteitag nicht losgelöst von den vor uns stehenden aktuellen Aufgaben vorbereiten. Erst indem man die bisherige Durchführung des neuen Kurses durch jede einzelne Parteiorganisation überprüft, die neuen Aufgaben konkret festlegt, schafft man auch die Voraussetzungen für eine fruchtbare Diskussion aller Aufgaben in der Vorbereitung des IV. Parteitages. So wird die Vorbereitung des IV. Parteitages zu einer allgemeinen Aktivierung der Partei führen, wird sie politisch und ideologisch stählen und organisatorisch stärken.

Gehen wir auf diese Weise an die Vorbereitung des IV. Parteitages, dann wird er eine erfreuliche Bilanz der Erfolge und Siege des neuen Kurses ziehen können. Dann wird der IV. Parteitag ein neuer großer Schritt vorwärts in der Entwicklung unserer Partei zu einer marxistisch-leninistischen Partei neuen Typus sein. Dann wird der IV. Parteitag neue Voraussetzungen für den Triumph der großen Sache unseres Kampfes um nationale Einheit und Frieden, um Demokratie und Sozialismus schaffen.

In diesem Sinne, Genossinnen und Genossen, an die Arbeit und vorwärts zu neuem Kampf und neuen Siegen!

„Neues Deutschland“ vom 20. September 1953.

Im Kampf für nationale Einheit, Freiheit und Wohlstand des deutschen Volkes

*Zum 4. Jahrestag
der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik*

In den Wochen und Monaten, die dem 4. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik vorausgingen, ist stärker als je zuvor zutage getreten, daß die Existenz dieses wahrhaft friedliebenden und demokratischen Staates sowohl für das deutsche Volk wie auch für die Völker Europas von außerordentlicher Bedeutung ist.

I

Der Ausgang der Wahlen vom 6. September 1953 in der sogenannten Bundesrepublik hat unwiderleglich bewiesen, daß dort die imperialistischen und militaristischen Kräfte wieder alle entscheidenden Positionen in Staat und Wirtschaft beherrschen. Sie sind sowohl die Verbündeten wie auch die Untergebenen des amerikanischen Imperialismus. Der amerikanische Außenminister Dulles hat sich mit beispielloser Unverfrorenheit und mit massiven Drohungen in den westdeutschen Wahlkampf eingemischt. Gleichzeitig ließ die Regierung der USA ihren riesigen Besatzungsapparat, der alle Seiten des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens Westdeutschlands umklammert, spielen, um Adenauer bei den Wahlen zu einem Erfolg zu verhelfen. Vor etwa zwei Jahren hatten die Dienststellen des Hohen Kommissars der USA mit 15 Millionen Mark Anleihen 33 westdeutsche Zeitungen gekauft, während sich heute die Zahl der von den USA finanzierten Zeitungen in Westdeutschland bereits auf 96 beläuft. Rundfunk, Fernsehen und vor allem das gesamte Kinowesen werden ebenfalls weitgehend von amerikanischen Dienststellen und amerikanischen Monopolen beherrscht. Alle amerikanischen Gangstermethoden, von der persönlichen Ehrabschnei-

dung über die politische Verleumdung, die hysterische Kommunistenhetze bis zum offenen faschistischen Terror, wurden im Wahlkampf gegen die ehrlichen westdeutschen Patrioten zum Einsatz gebracht. Sogar die dem westlichen Imperialismus gegenüber so lammfrommen rechten Sozialdemokraten und Gewerkschafter blieben von dieser schmutzigen Hetzkampagne nicht verschont. Diese Rolle der Amerikaner im westdeutschen Wahlkampf ist nur ein Ausdruck dafür, daß sie sich, gestützt auf ihre finanzielle Herrschaft über entscheidende Zweige des westdeutschen Wirtschaftslebens, gestützt auf ihren weitverzweigten Besatzungsapparat und ihre militärischen Einrichtungen, als die tatsächlichen Herrscher über Westdeutschland fühlen und daß sie in Adenauer und seinem reaktionären Klüngel ihre Willensvollstrecker sehen.

Gleichzeitig sind die alten imperialistischen und militaristischen Kräfte Westdeutschlands die Verbündeten des USA-Imperialismus bei der Durchsetzung seiner aggressiven Politik gegenüber allen übrigen Völkern Europas. Die in Westdeutschland wiederhergestellte Macht des kriegslüsteren Monopolkapitals und Junkertums spiegelt sich in der Zusammensetzung des am 6. September gewählten Bundestags wider. Ihm gehören 42 Konzerndirektoren, 34 Großindustrielle und 41 Großgrundbesitzer an. Darunter sind solche Kriegsverbrecher und Helfershelfer Hitlers wie der Finanzmagnat Robert Pferdmenges, der Bankier Hugo Scharnberg, der Hitlergeneral Hasso von Manteuffel, der Hitleradmiral von Heye und der Hitlerdiplomate Fürst Otto von Bismarck. Mit vollem Recht sehen die friedliebenden Völker Europas in diesem Bundestag die Verkörperung einer gefährlichen aggressiven Politik des von den reaktionärsten amerikanischen Kreisen gesteuerten westdeutschen Imperialismus.

Die herrschenden Kräfte Westdeutschlands, die genau wie Hitler von der deutschen Sendung einer „Vereinigung Europas“ sprechen, sind jedoch nicht nur die erklärten Feinde der Nachbarvölker Deutschlands, sie sind auch die schlimmsten Feinde des deutschen Volkes selbst. Mit 40 Millionen Mark subventionierten die Finanz- und Industrieherrn sowie die junkerlichen Grundbesitzer den Wahlkampf der Adenauer-Gruppe. Sie unterdrückten in den Betrieben der westdeutschen Industrie jede Auf-

klärung der Arbeiter und Arbeiterinnen, Angestellten und Techniker durch Flugblätter, Plakate oder Betriebsversammlungen. Sie setzten den gesamten Staatsapparat mit seinen Polizeikräften und die faschistischen Terrorgruppen ein, um die Bevölkerung irrezuführen und einzuschüchtern. Auf dem flachen Lande in Westdeutschland herrschen wieder die preußisch-junkerlichen Zustände, bei denen der Gutsbesitzer und der Großbauer den Ausgang von Wahlen im voraus bestimmen. Schließlich wurde durch die Kirchen beider Konfessionen ein skrupelloser Gesinnungszwang ausgeübt und die Kanzel zur Irreführung und Einschüchterung der werktätigen Bevölkerung mißbraucht.

II

Das Zusammenspiel der ausländischen und inländischen imperialistischen und militaristischen Kräfte führte in Westdeutschland zu einer Sammlung und parlamentarischen Stärkung der reaktionären und kriegslüsternen Revanchepolitiker, deren hervorstechendster Vertreter der alte Volks- und Landesverräter Konrad Adenauer ist. Unter veränderten Verhältnissen wiederholte sich ein Vorgang, der für den politischen Aufstieg der Hitlerfaschisten in der Weimarer Republik kennzeichnend war. Das Anschwellen der Nazistimmen erfolgte damals bekanntlich fast ausschließlich auf Kosten der übrigen bürgerlichen Parteien, ohne daß den Nazis ein nennenswerter Einbruch in die Reihen der kommunistischen und sozialdemokratischen Wähler gelang. Auch Adenauer errang seinen „Wahlsieg“ auf Kosten der übrigen bürgerlichen Parteien. Während die bürgerlichen Parteien im Jahre 1949 insgesamt 65,1 Prozent aller gültigen Stimmen erhielten, brachten sie es bei den Wahlen am 6. September 1953 auch nur auf 68 Prozent, wobei noch die um 7,7 Prozent höhere Wahlbeteiligung zu berücksichtigen ist. Die 9 Millionen Stimmen, die gegen Adenauer abgegeben wurden, sind vor allem Arbeiterstimmen. In dieser Tatsache liegen, besonders wenn man die riesigen Massendemonstrationen und Massenstreiks gegen die Adenauer-Politik im Jahre 1952 in Betracht zieht, nicht zu unterschätzende Möglichkeiten, dem Aufrüstungs- und Kriegskurs

der Adenauer-Regierung durch außerparlamentarische Massenaaktionen der Arbeiterklasse zu begegnen. Ebendarum ist es jetzt das höchste Gebot des Kampfes für die Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands und die Sicherung des Friedens, die Aktionseinheit der Arbeiter in Westdeutschland und die gemeinsame Kampffront der Arbeiterklasse der Deutschen Demokratischen Republik mit der Arbeiterklasse Westdeutschlands herzustellen.

Die Adenauer-Regierung tritt nun erst recht als die Regierung des aggressiven westdeutschen Imperialismus in Erscheinung. Obwohl der Widerstand gegen die Ratifizierung der Kriegsverträge von Bonn und Paris in den westeuropäischen Ländern ansteigt, wird Adenauer versuchen, die Aufrüstung viel stärker als bisher voranzutreiben. Dafür sprechen nicht nur die anmaßenden und aggressiven Erklärungen, die er nach dem 6. September abgegeben hat, davon zeugt auch die geheime Ausstellung von Erzeugnissen der deutschen Rüstungsindustrie, zu der nur die Militäristen des Nordatlantik-Kriegsblocks Zutritt hatten, davon zeugen die Meldungen über die 105 000 Hitleroffiziere, die sich bereits freiwillig für die neue deutsche Armee gemeldet haben, sowie die Ankündigung, daß fürs erste eine Armee von 500 000 Mann aufgestellt werden soll. Durch Sonderabmachungen mit der USA-Regierung über die Durchführung der Kriegsverträge versucht Adenauer, Westdeutschland in den aggressiven Kriegsblock der Atlantikpaktmächte einzubeziehen. Adenauers Ziel ist es, aus Westdeutschland einen Sturmbock der aggressiven USA-Politik in Europa zu machen.

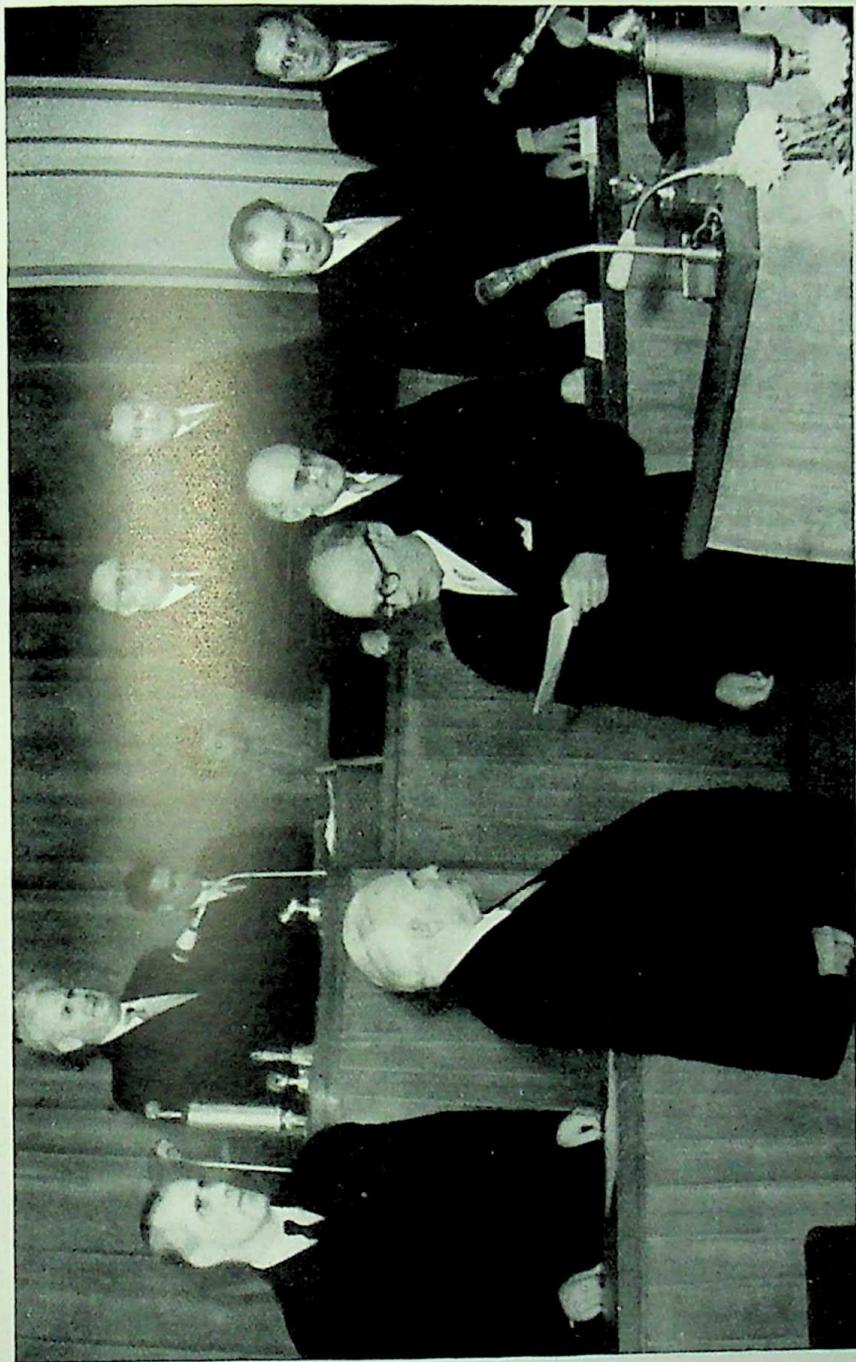
Die Kriegsverträge von Bonn und Paris, die Adenauer unterzeichnet hat und die er mit aller Gewalt zu verwirklichen sucht, sind das entscheidende Hindernis für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und den Abschluß eines Friedensvertrages mit ganz Deutschland. Sie vertiefen die Spaltung Deutschlands und bringen Westdeutschland in die Gefahr, eine Zone des Feuers und der Vernichtung zu werden. Der Kampf um die Wiederherstellung der deutschen Einheit und um die Sicherung einer friedlichen Entwicklung des deutschen Volkes ist darum ein Kampf gegen die von Adenauer verkörperten imperialistischen und militaristischen Kräfte Westdeutschlands.

III

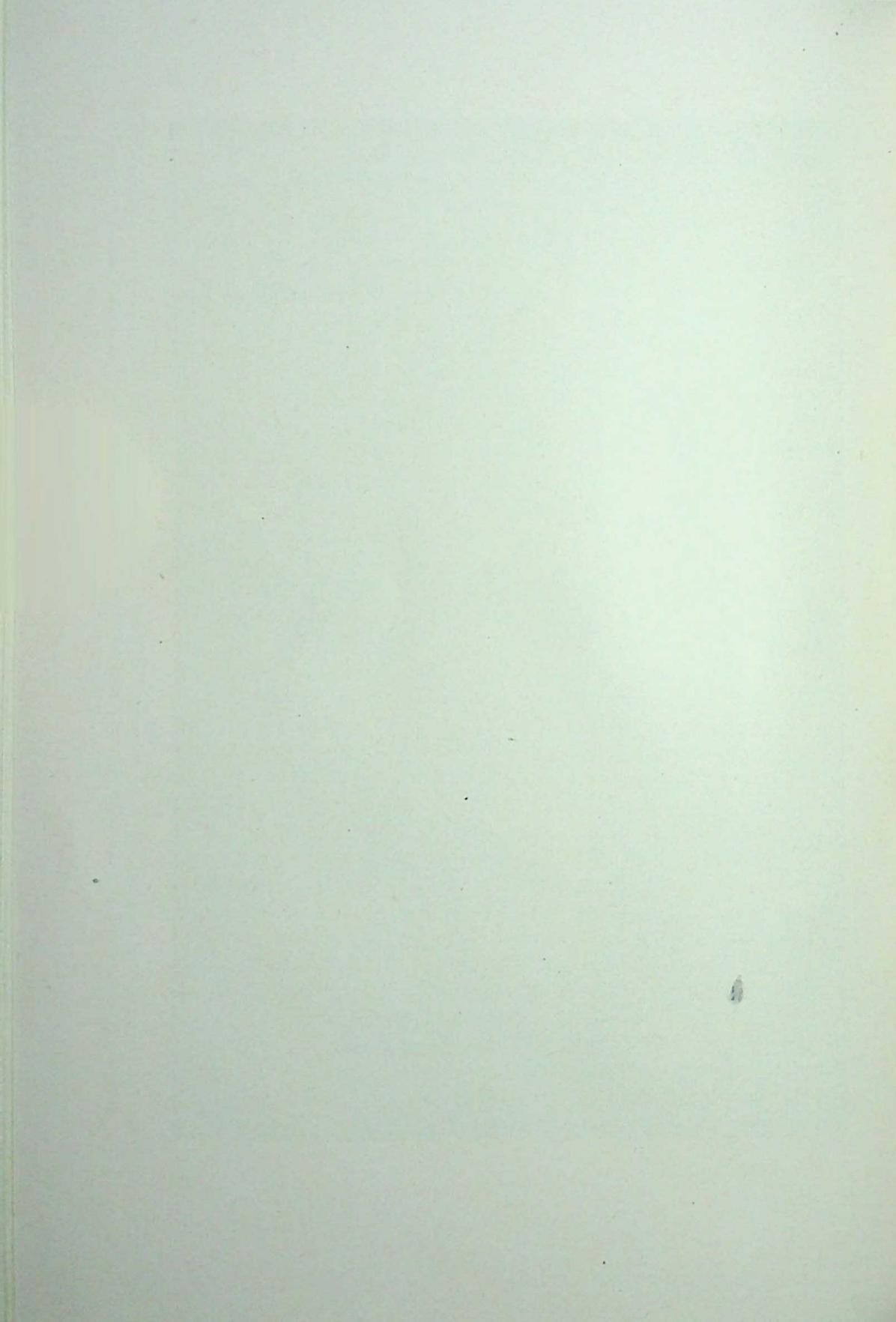
Die Deutsche Demokratische Republik ist heute in noch höherem Maße als früher zum Bollwerk des Kampfes um die friedliche Lösung des deutschen Problems geworden. Die reaktionären imperialistischen und militaristischen Kräfte, die in Westdeutschland die Träger und die Einpeitscher der aggressiven Revanchepolitik sind, sind in der Deutschen Demokratischen Republik für immer entmachtet. Als friedliebender Staat, in dem die Arbeiterklasse die entscheidenden Positionen innehat, führt die Deutsche Demokratische Republik den Kampf um die nationale Wiedervereinigung, um die Erringung eines gerechten Friedensvertrages und um die nationale Freiheit und Unabhängigkeit des deutschen Volkes in völliger Übereinstimmung mit den Grundinteressen aller friedliebenden Völker Europas.

Die Deutsche Demokratische Republik, die im Innern Garantien gegen das Wiedererstehen des aggressiven deutschen Imperialismus geschaffen hat und die nach außen eine echte Verständigung und den Frieden mit allen Völkern anstrebt, hat sich durch diese Politik den Haß und die Feindschaft aller imperialistischen Kräfte, aber auch das Vertrauen und die Freundschaft aller friedliebenden Völker erworben. Ein sichtbarer Ausdruck des Hasses der imperialistischen Kriegstreiber war der faschistische Putsch vom 17. Juni, durch den, wie es seine Organisatoren beabsichtigten, die Deutsche Demokratische Republik aufgerollt und ihr Territorium in den Machtbereich der in- und ausländischen Imperialisten einbezogen werden sollte.

Ein hervorragender Beweis des Vertrauens und der Freundschaft der Friedenskräfte zur Deutschen Demokratischen Republik waren die Note der Sowjetregierung an die Regierungen der Westmächte vom 15. August 1953 und die Ergebnisse der darauffolgenden Verhandlungen der Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik mit der Regierung der Sowjetunion in Moskau. Ein neuer klarer Ausdruck der konsequenten Friedenspolitik der Sowjetunion und ihres aufrichtigen Strebens nach einer friedlichen Lösung der deutschen Frage ist die Note der Sowjetregierung vom 28. September 1953 an die Regierungen Frankreichs, Englands und der USA über die Einberufung



Der Präsident der Volkskammer, Dr. h. c. Johannes Dieckmann teilt Wilhelm Pieck mit, daß er von der gemeinsamen Sitzung der Volkskammer und der Länderkammer einstimmig zum Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik wiedergewählt wurde



einer Konferenz der Außenminister. In diesen Dokumenten echter Friedenspolitik ist der Weg gewiesen, wie das deutsche Volk einen Friedensvertrag erhalten kann, der ihm seine nationale Einheit in einem demokratischen Staat sichert. Ein solches Deutschland wird frei von jeglicher ausländischer Besatzung, frei von Reparationen und frei von würgenden Auslandsschulden sein. Es wird als freier und unabhängiger Staat auf der Grundlage voller Gleichberechtigung mit allen Völkern friedliche Beziehungen unterhalten und mit ihnen den für die Entwicklung seiner Wirtschaft erforderlichen Handel treiben.

Der Weg zu diesem nationalen Ziel des deutschen Volkes führt über die gesamtdeutsche Verständigung. Die Deutsche Demokratische Republik hält an ihrem Vorschlag fest, eine gesamtdeutsche Beratung aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands einzuberufen, um gemeinsam die praktische Lösung der Fragen einer Vereinigung Deutschlands auf demokratischen Grundlagen und einer Beschleunigung des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland zu beraten und herbeizuführen. Sie tritt nach wie vor für die Bildung einer Provisorischen Gesamtdeutschen Regierung ein, die an der Ausarbeitung eines gerechten Friedensvertrages mit Deutschland teilnehmen und die grundlegenden nationalen Interessen des deutschen Volkes vertreten soll. Die Provisorische Gesamtdeutsche Regierung wird auch die Bedingungen für gesamtdeutsche freie Wahlen schaffen und ihre wirklich freie Durchführung sichern, bei der jegliche ausländische Einmischung und jeglicher Druck großer kapitalistischer Monopole ausgeschaltet sein müssen. Die Wiedervereinigung Deutschlands und seine friedliche Zukunft sind nur gesichert, wenn nicht das reaktionäre Monopolkapital und Junkertum, sondern die Arbeiter und Bauern und die schaffende Intelligenz die Innen- und Außenpolitik Deutschlands bestimmen werden.

Die Deutsche Demokratische Republik ist für das deutsche Volk die beste Basis des Kampfes um die friedliche Lösung des deutschen Problems. Damit sie diese historische Rolle mit vollem Erfolg erfüllen kann, muß sie aber noch mehr als bisher zu dem anziehenden Zentrum der gesamt-nationalen Volksbewegung für Einheit und Frieden werden. Sie muß dem ganzen werktätigen deutschen Volk das große überzeugende Beispiel dafür geben,

wie ein wahrhaft demokratischer und friedliebender deutscher Staat — ohne monopolkapitalistische Kriegstreiber und junkerliche Militaristen — die deutsche Wirtschaft, die deutsche Kultur und Wissenschaft zu neuer Blüte entwickeln kann. Darum hat die erfolgreiche Verwirklichung und Entwicklung des von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vorgeschlagenen, von den Parteien und Massenorganisationen des demokratischen Blocks gebilligten und von der Regierung beschlossenen neuen Kurses für das deutsche Volk und für seine friedliebenden Nachbarn so außerordentlich große Bedeutung.

IV

Die 15. Tagung des ZK der SED (vom 24. bis 26. Juli 1953) hat es als das Wesen des neuen Kurses bezeichnet, in der nächsten Zeit eine ernsthafte Verbesserung der wirtschaftlichen Lage und der politischen Verhältnisse in der Deutschen Demokratischen Republik zu erreichen und auf dieser Grundlage die Lebenshaltung der Arbeiterklasse und aller Werktätigen bedeutend zu heben. Die 16. Tagung des ZK der SED, die vom 17. bis 19. September 1953 stattfand, hat den Stand der bisherigen Durchführung des neuen Kurses überprüft und seine weitere Entwicklung festgelegt. Welches sind nun die Voraussetzungen, die die erfolgreiche Verwirklichung des neuen Kurses ermöglichen?

Die erste Voraussetzung ist das große Aufbauwerk, das in der Deutschen Demokratischen Republik aus eigener Kraft seit der Zerschlagung des Hitler-Regimes vollbracht wurde. Diese Aufbauleistung drückt sich darin aus, daß im Jahre 1953 die durchschnittliche Monatsproduktion der Industrie 164,4 Prozent der monatlichen Durchschnittsproduktion des Jahres 1936 erreichte. Für das Tempo dieser Entwicklung ist kennzeichnend, daß der Gesamtumfang der Industrieproduktion von Januar bis August dieses Jahres um 11,3 Prozent höher ist als in der gleichen Zeit des Vorjahres. In der Landwirtschaft haben die Hektarerträge den Vorkriegsstand erreicht und bei Getreide sogar beträchtlich überschritten. Auch die Viehbestände sind ständig gewachsen, so daß der Rindviehbestand im Jahre 1953 um rund 270 000 Stück

höher war als 1936 und der Schweinebestand um 2,5 Millionen Stück höher als 1938.

Die zweite Voraussetzung liegt in den Ergebnissen der Moskauer Verhandlungen der Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik mit der Regierung der Sowjetunion. Sie bringen die Einstellung der Reparationsleistungen ab 1. Januar 1954, die kostenlose Übergabe der Großbetriebe der sowjetischen Aktiengesellschaften an unsere volkseigene Wirtschaft, die Senkung der Unkosten für den Aufenthalt sowjetischer Truppen in Deutschland auf 5 Prozent der Einnahmen des Staatshaushalts und die Streichung aller Schulden, die der Deutschen Demokratischen Republik seitens des Alliierten Kontrollrats auferlegt wurden. Diese großzügigen Erleichterungen werden es der Deutschen Demokratischen Republik ermöglichen, ihre Volkswirtschaft zum Nutzen der werktätigen Menschen noch rascher und erfolgreicher als bisher zu entwickeln.

Die dritte Voraussetzung liegt in der großzügigen direkten Hilfe seitens der Sowjetunion und der Volksrepubliken. Sie kommt zum Ausdruck in zusätzlichen Lieferungen von 2 150 000 Tonnen Steinkohle, 236 000 Tonnen Walzstahl, 14 000 Tonnen Buntmetall, über 30 000 Tonnen Konzentrat- und Superphosphatapatiten, von 10 000 Tonnen Baumwollgarn und Baumwolle und großen Mengen von Leder und Wolle. Diese zusätzlichen Lieferungen im Werte von 590 Millionen Rubel werden es ermöglichen, die Produktion der Fertigwaren- und Gebrauchsgüterindustrie, die der Versorgung der Bevölkerung dient, in raschem Tempo zu steigern. Auf dieser Grundlage erfolgt bereits im zweiten Halbjahr 1953 eine Steigerung der Produktion der volkseigenen Industrie von 14,5 Milliarden auf 16,5 Milliarden Mark. Die Produktion der privaten Industrie steigt um 18 Prozent und die des Handwerks um 21 Prozent.

Die erweiterte Produktion von Industriewaren und Lebensmitteln sowie die erhöhten Einfuhren gestatten es, den staatlichen, genossenschaftlichen und privaten Handel besser zu beliefern und seinen Umsatz zu erhöhen. Alles das hat den Verbrauch der Bevölkerung an Lebensmitteln und Bedarfsgütern bereits beträchtlich gesteigert. Der erhöhte Verbrauch entspricht der Feststellung, daß der Teil des Volkseinkommens, der der Be-

völkerung zur Verfügung steht, in diesem Jahre um 16 Prozent höher sein wird als 1952. Darin drücken sich die Erhöhung des Lohnfonds, die Verbesserung der verschiedenen Arten der Sozialversicherung und Sozialfürsorge aus.

Auf der 16. Tagung des Zentralkomitees der SED wurde Kurs darauf genommen, im Jahre 1954 die letzten Reste der Rationierung aufzuheben. Das muß durch eine Politik der Preissenkungen vorbereitet werden. Allein im Jahre 1954 sollen sie insgesamt 4 Milliarden bis 5 Milliarden Mark ausmachen. Auf diese Weise werden die heute zum Teil noch überhöhten Preise abgebaut und ein einheitliches Preisniveau hergestellt. Diese große volkswirtschaftliche Aufgabe kann nur gelöst werden, wenn die Versorgung mit Bedarfsgütern und Lebensmitteln noch verbessert wird. Das stellt große Anforderungen an die volkseigene Industrie, die private Industrie und das Handwerk, an die werktätigen Bauern und landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften sowie an den staatlichen, genossenschaftlichen und privaten Handel.

Die Hauptaufgabe in der Industrie besteht — bei besonderer Förderung der Zweige, die Gebrauchsgüter für die Bevölkerung liefern — in der Senkung der Herstellungskosten durch volle Ausnutzung der Maschinen und Anlagen, durch sparsamsten Verbrauch von Roh- und Hilfsstoffen und Energie, durch die Steigerung der Produktivität der Arbeit mit Hilfe technischer Vervollkommnungen, besserer Arbeitsorganisation und technisch einwandfreier Berechnungsgrundlagen. Der stärkste Hebel für die Steigerung der Produktivität der Arbeit ist der sozialistische Wettbewerb, wobei es als erfreulich bezeichnet werden muß, daß sich in vielen Betrieben auf der Grundlage freiwilliger Produktionsverpflichtungen ein neuer Aufschwung des Wettbewerbs anbahnt.

In der Landwirtschaft ist eine weitere Steigerung der Erträge des Ackerbaus und vor allem der Viehzucht erforderlich, die durch verbesserte Pflege und richtige und gesicherte Fütterung erreicht werden kann.

Von besonderer Bedeutung für die Landwirtschaft ist der weitere Ausbau und die erhöhte maschinelle Ausrüstung der Maschinentraktorenstationen, die bereits in diesem Jahre die Hälfte der gesamten Getreidefläche der Republik bearbeitet haben.

Der staatliche und genossenschaftliche Handel hat sich den neuen Aufgaben des erhöhten Warenanfalls nicht immer gewachsen gezeigt. Er hat es vor allem nicht verstanden, eine zeitgerechte Warenbereitstellung und richtige Warenstreuung zu sichern. Im Handel ist vor allem ein rasches und umsichtiges Disponieren entsprechend der sich verändernden Nachfrage notwendig. Eine nicht unwichtige Rolle bei der Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung spielt der private Handel, dessen Umsatz allein im zweiten Halbjahr 1953 um 1,5 Milliarden Mark ansteigt.

Die westdeutschen und ausländischen imperialistischen Feinde unserer Republik fürchten die erfolgreiche Durchführung des neuen Kurses. Sie suchen ihn auf jede Weise zu diskreditieren, einmal bestreiten sie ihn überhaupt, dann wieder erklären sie ihn für beendet, ein drittes Mal suchen sie zu beweisen, er wäre undurchführbar. Ihre Hetze wird ergänzt durch verstärkte Versuche, Agenten zu werben, Gruppen von Verbrechern in unsere Republik einzuschmuggeln, Sabotage, Brandstiftungen und sonstige Schädlingstätigkeit und Provokationen zu organisieren. Ebendarum und um die ganze Masse der Werktätigen für den neuen Kurs zu gewinnen, ist die breite Entfaltung der politischen Massenarbeit und der aktive Kampf zur Entlarvung und Unschädlichmachung aller Agenten und Provokateure erforderlich. Mehr als bisher ist in der politischen Aufklärung in einfacher, anschaulicher und überzeugender Weise zu zeigen, welche Errungenschaften die Arbeiter und Bauern durch die Volksmacht in unserer Republik erzielt haben. Gleichzeitig ist der Klassencharakter der Bonner Bundesrepublik als Macht des volksfeindlichen, antinationalen und kriegstreiberischen Monopolkapitals und Junkertums zu entlarven.

Die allseitige Festigung der demokratischen Ordnung und die strenge Einhaltung der demokratischen Gesetzlichkeit ist ein wesentlicher Bestandteil des neuen Kurses. Die erfolgte Beseitigung von administrativen Überspitzungen und Verzerrungen, der Schutz der demokratischen Rechte der Bürger unserer Republik wird jedoch noch ungenügend ausgenutzt, um den Staats- und Verwaltungsapparat noch fester mit der werktätigen Bevölkerung zu verbinden und ihre Initiative zur Verbesserung der Arbeit der

Staatsorgane zu mobilisieren. Das aber wird zur weiteren Stärkung der demokratischen Staatsmacht führen, sie zu einem noch schlagkräftigeren Instrument gegen alle Feinde des werktätigen Volkes, zu dem sicheren Hort des Kampfes um die nationale Einheit und den Frieden machen.

So geht die Deutsche Demokratische Republik am Tage der vierten Wiederkehr ihrer Gründung auf dem neuen Kurs auch neuen großen Erfolgen entgegen. Als der erste friedliebende Staat in der Geschichte der deutschen Nation steht sie fest im großen Lager des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus. Allen imperialistischen Machenschaften zum Trotz wird sie ihre historische Mission erfüllen und dem deutschen Volk den Weg zu einem einheitlichen, demokratischen, unabhängigen und friedliebenden Deutschland bahnen.

*„Für dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie!“
vom 2. bis 8. Oktober 1953.*

Vier Jahre Deutsche Demokratische Republik

Als vor vier Jahren die Sowjetregierung ihre Verwaltungsfunktionen als Besatzungsmacht an deutsche Organe übertrug und der vom ganzen Volk gewählte Deutsche Volksrat beschloß, die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik in Kraft zu setzen, war das die Geburt des ersten wahrhaft friedliebenden und demokratischen deutschen Staates. Die Deutsche Demokratische Republik unterscheidet sich grundlegend von allen Staatsformen in der Geschichte des deutschen Volkes. Sie ist der erste deutsche Staat, in dem die Arbeiterklasse entscheidende Positionen innehat und im Bündnis mit der werktätigen Bauernschaft und der schaffenden Intelligenz die Gestaltung des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens bestimmt.

Die Deutsche Demokratische Republik unterscheidet sich aber auch von der westdeutschen Bundesrepublik, in der die alten imperialistischen und militaristischen Kräfte wieder am Ruder sind und unter amerikanischer Oberherrschaft eine aggressive Revanchepolitik betreiben. Diese monopolkapitalistischen Kriegsgewinnler und junkerlichen Militaristen sind bei uns für immer entmachtet. Die Deutsche Demokratische Republik hat im Innern Garantien gegen ein Wiedererstehen des aggressiven deutschen Imperialismus geschaffen und strebt nach außen eine echte Verständigung und den Frieden mit allen Völkern an. Sie führt daher auch den Kampf um die nationale Wiedervereinigung, um die Erringung eines gerechten Friedensvertrages und um die nationale Einheit und Unabhängigkeit des deutschen Volkes in voller Übereinstimmung mit den Grundinteressen aller anderen friedliebenden Völker.

Vor vier Jahren sprach ich in meiner Antrittsrede als Präsident die feste Überzeugung aus, daß sich das deutsche Volk noch eine große, reiche und helle Zukunft erarbeiten und erringen wird.

Dieser unerschütterliche Glaube an die Zukunft unseres Volkes hat mich in den vier Jahren meiner Amtstätigkeit nie verlassen, und er ist auch nicht enttäuscht worden. Arbeiter und Angestellte, Bauern und Traktoristen, Techniker und Ingenieure, Wissenschaftler und Künstler unserer Republik haben ein großes Werk des friedlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaus vollbracht. Dieses Werk war nicht einfach und leicht, sondern mußte in ständigem Kampf gegen Widrigkeiten und Schwierigkeiten aller Art durchgesetzt werden. Allen, die an diesem Aufbau mitgearbeitet haben, gilt mein herzlichster Dank.

Die Zerreißung unserer deutschen Heimat, die weitgehende Unterbindung des innerdeutschen Handels, die auf amerikanischen Befehl von der Adenauer-Regierung durchgeführt wurde, zwangen uns in den ersten Jahren, alle Kräfte auf den Aufbau der Grundindustrien zu konzentrieren. Die Errichtung solcher industrieller Großbauten wie des Hüttenkombinats „J. W. Stalin“, des Eisenhüttenwerkes West und der Großkokerei „Mátyás Rákosi“, die Wiederherstellung und der Ausbau anderer Hütten- und Chemiebetriebe und vieler Werke des Maschinenbaus sind hervorragende Leistungen unserer Arbeiter, Techniker und Wissenschaftler. Ohne sie wäre die erfreuliche Feststellung undenkbar, daß die durchschnittliche Monatsproduktion der Industrie unserer Republik im Jahre 1953 164,4 Prozent der monatlichen Durchschnittsproduktion des Jahres 1936 erreichte.

In der Landwirtschaft haben die Hektarerträge den Vorkriegsstand erreicht und bei Getreide sogar beträchtlich überschritten. Die Viehbestände sind ständig gewachsen, so daß der Rindviehbestand im Jahre 1953 um rund 270 000 Stück höher ist als im Jahre 1936 und der Schweinebestand um 2,5 Millionen Stück höher als 1938. Diese Entwicklung der Landwirtschaft wäre nicht möglich gewesen ohne die in Deutschland völlig neue Errichtung von Maschinen- und Traktoren-Stationen, die in diesem Jahr bereits die Hälfte der gesamten Getreidefläche der Republik bearbeitet haben. Dazu trat eine solche neue Produktionsform wie die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, die nach einjähriger Entwicklung bereits 13 Prozent der gesamten Ackerfläche bearbeiten.

Die Entwicklung der Wirtschaft und Kultur unserer Republik

verlangt zahlreiche und vielseitig gebildete neue Kader. Dem entspricht der Aufschwung der Berufs- und Fachschulen, Hochschulen und Universitäten, die zum ersten Male der Arbeiter- und Bauernjugend erschlossen wurden. Wissenschaft und Forschung erhielten großzügige Unterstützung und zahlreiche neue Institute. Dazu kommt die Förderung der Musik, der darstellenden und der bildenden Kunst sowie die besondere Pflege der Volkskunst.

Schließlich sind noch die Maßnahmen zu erwähnen, die zu einer weiteren Demokratisierung des gesamten Staats- und Verwaltungsapparates unserer Republik führten, ihn enger mit der Bevölkerung verbanden und umgekehrt der Bevölkerung die ständige und aktive Mitarbeit an der Bewältigung der Aufgaben in Staat, Wirtschaft und Kultur ermöglichen.

Die erfolgreiche Aufbauarbeit ermöglichte es, daß unsere Republik im Sommer 1952 zur Errichtung der Grundlagen des Sozialismus überging. Ein überspitztes Tempo der Entwicklung der Wirtschaft, besonders der Schwerindustrie, führte jedoch zu gewissen Schwierigkeiten, die beseitigt werden mußten, um den weiteren Aufstieg unserer Republik zu sichern. Darum beschloß die Regierung auf Vorschlag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und mit Billigung der antifaschistisch-demokratischen Parteien und Massenorganisationen Anfang Juni dieses Jahres eine Reihe von Maßnahmen, die den neuen Kurs in unserer Republik einleiteten. Sein Wesen besteht darin, in der nächsten Zeit eine ernsthafte Verbesserung der wirtschaftlichen Lage und der politischen Verhältnisse in der Deutschen Demokratischen Republik zu erreichen, um auf dieser Grundlage die Lebenshaltung der Arbeiterklasse und aller Werktätigen bedeutend zu heben.

Nach drei Monaten des neuen Kurses sind bereits auf vielen Gebieten der Versorgung, der Arbeit und des Lebens der Werktätigen beträchtliche Erfolge erreicht. Aber sie sollen und dürfen nur ein Anfang sein. Die Beratungen der 16. Tagung des Zentralkomitees der SED sowie die Beratungen der Volkskammer über Abänderungen am Volkswirtschaftsplan und am Haushaltsplan haben vor den Werktätigen in Stadt und Land eine große und schöne Perspektive der weiteren Verbesserung ihrer Lebenslage

eröffnet. Diese Perspektive ist geeignet, alle ehrlichen Menschen, gleichgültig, ob sie in Fabrik und Kontor, auf dem Bauernhof oder in der Maschinen-und-Traktoren-Station, in den Laboratorien und den Forschungsinstituten, im Handel oder in der Verwaltung ihre Pflicht erfüllen, zu gesteigerter Leistung, zum Wettbewerb um erhöhte, vielseitigere und bessere Produktion zu begeistern, geleitet von der Erkenntnis, daß jetzt noch rascher und wirksamer als früher bessere Arbeit auch zum besseren Leben führt.

Die Verwirklichung des großen Kampf- und Arbeitsprogramms für die weitere rapide Verbesserung der wirtschaftlichen Lage und der politischen Verhältnisse in unserer Republik beruht neben der eigenen Leistung auf der großen und uneigennütigen Hilfe, die wir von der Sowjetunion und den Volksrepubliken erhalten. An erster Stelle sind hier die Ergebnisse der Verhandlungen der Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik mit der Regierung der Sowjetunion zu nennen. Die Einstellung der Reparationsleistungen ab 1. Januar 1954, die kostenfreie Übergabe der Großbetriebe der sowjetischen Aktiengesellschaften an unsere volkseigene Wirtschaft, die Senkung der Kosten für den Aufenthalt sowjetischer Truppen in Deutschland auf 5 Prozent des Staatshaushalts und die Streichung aller Schulden aus der Nachkriegszeit — alle diese Erleichterungen werden es ermöglichen, unsere Volkswirtschaft noch rascher und erfolgreicher als bisher zum Nutzen der werktätigen Menschen zu entwickeln. Hinzu kommt aber noch die großzügige direkte Hilfe, die unsere Republik von der Sowjetunion und den Volksrepubliken durch zusätzliche Lieferungen von Lebensmitteln, Steinkohle, Walzstahl, Buntmetall, Leder, Wolle und anderen Rohstoffen erhält.

So bieten die eigenen Leistungen unserer Werktätigen und die solidarische Unterstützung seitens der Sowjetunion und der Volksrepubliken die Gewähr, daß unsere Deutsche Demokratische Republik dank ihrer politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung auch ihre gesamtdeutsche Aufgabe mit gesteigertem Erfolg erfüllen wird. Sie ist vom Tage ihrer Gründung an die feste Basis des Kampfes um die friedliche Lösung des deutschen Problems. In dieser Rolle hat sie in den vergangenen vier Jahren an Bedeutung noch gewonnen.

Heute ist es für jeden einsichtigen Deutschen und für jeden friedliebenden Menschen in Deutschlands Nachbarländern offenkundig, daß Westdeutschland von kriegslüsternden Revanchepolitikern beherrscht wird. Die Adenauer-Regierung ist die Regierung des aggressiven westdeutschen Imperialismus, zugleich ist sie aber auch eine Regierung der Unterwerfung Westdeutschlands unter die imperialistische Herrschaft der USA. Die Kriegsverträge von Bonn und Paris, die Adenauer unterzeichnet hat und die er mit aller Gewalt zu verwirklichen sucht, sind das entscheidende Hindernis für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und den Abschluß eines Friedensvertrages mit ganz Deutschland. Sie vertiefen die Spaltung Deutschlands und bringen Westdeutschland in die Gefahr, zu einer Zone des Feuers und der Vernichtung gemacht zu werden. Der Kampf um die Wiederherstellung der deutschen Einheit und um die Sicherung einer friedlichen Entwicklung des ganzen deutschen Volkes ist darum ein Kampf gegen die von Adenauer verkörperten imperialistischen und militaristischen Kräfte Westdeutschlands.

Diese Feststellung objektiver Tatsachen heißt jedoch nicht, daß die Deutsche Demokratische Republik auf die gesamtdeutsche Verständigung verzichtet. Bei meinem Amtsantritt habe ich erklärt:

„Es geht nicht darum, ob die westdeutsche Bundesregierung und die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik sich gegenseitig anerkennen, sondern darum, gemeinsam oder nebeneinander den nationalen Interessen des deutschen Volkes zu dienen und den Kampf um die Einheit Deutschlands, um den Friedensvertrag und um die nationale Selbständigkeit des deutschen Volkes zu führen.“¹

Diese Erklärung behält auch heute noch ihre Gültigkeit, ja, sie ist von geradezu brennender Aktualität. Die Regierung der Sowjetunion hat in ihrer Note an die Westmächte vom 28. September 1953 erneut vorgeschlagen, auf einer Konferenz der Außenminister das deutsche Problem allseitig zu prüfen und dabei folgende Fragen zu behandeln:

1. Die Einberufung einer Friedenskonferenz zur Behandlung der Frage des Friedensvertrages mit Deutschland;

¹ Wilhelm Pieck, „Reden und Aufsätze“, Bd. II, S. 302.

2. die Bildung einer Provisorischen Gesamtdeutschen Regierung und die Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen;

3. Erleichterung der finanziellen und wirtschaftlichen Verpflichtungen Deutschlands, die mit den Kriegsfolgen zusammenhängen.¹

Die Sowjetregierung tritt in ihrer Note für eine Verständigung darüber ein, daß auf einer künftigen Konferenz die Erörterung des deutschen Problems alle wichtigen Fragen umfaßt, wobei an diesen Erörterungen Vertreter sowohl Ost- wie auch Westdeutschlands teilnehmen müssen.

Es steht außer Zweifel, daß diese Vorschläge der Sowjetregierung den nationalen Grundinteressen des deutschen Volkes entsprechen. Angesichts dessen ist es die nationale Pflicht aller verantwortungsbewußten Deutschen in Ost und West, gemeinsam oder auch nebeneinander für ihre Verwirklichung einzutreten. Für die Deutsche Demokratische Republik kann ich auch in diesen letzten Tagen meiner Wahlperiode als ihr Präsident erklären:

Wir halten an unserem Vorschlag fest, eine gesamtdeutsche Beratung aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands einzuberufen, um gemeinsam die praktische Lösung der Fragen einer Vereinigung Deutschlands auf demokratischen Grundlagen und einer Beschleunigung des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland zu beraten und herbeizuführen. Wir treten nach wie vor für die Bildung einer Provisorischen Gesamtdeutschen Regierung ein, die an der Ausarbeitung eines gerechten Friedensvertrages mit Deutschland teilnehmen und die grundlegenden nationalen Interessen des deutschen Volkes vertreten soll. Die Provisorische Gesamtdeutsche Regierung wird auch die Bedingungen für gesamtdeutsche freie Wahlen schaffen und ihre wirklich freie Durchführung sichern, bei der jegliche ausländische Einmischung und jeder Druck von seiten großer kapitalistischer Monopole ausgeschaltet sein müssen.

Wir werden in unserem Streben nach der friedlichen Lösung des deutschen Problems nicht nachlassen, sondern für sie mit verstärkter Kraft und zweifellos auch mit steigendem Erfolg eintreten. Die Gewißheit dieses Erfolges haben wir, weil die erfolg-

¹ Siehe „Neues Deutschland“ vom 30. September 1953.

reiche Durchführung des neuen Kurses dem ganzen deutschen Volke das große überzeugende Beispiel dafür geben wird, wie ein wahrhaft demokratischer und friedliebender deutscher Staat — ohne monopolkapitalistische Kriegstreiber und junckerliche Militaristen — die deutsche Wirtschaft, die deutsche Kultur und Wissenschaft zu neuer Blüte entwickeln kann. Ein solches einheitliches Deutschland wird frei von jeder ausländischen Besatzung, frei von Reparationen und frei von drückenden Auslandsschulden sein. Es wird als freier und unabhängiger Staat auf der Grundlage voller Gleichberechtigung mit allen Völkern friedliche Beziehungen unterhalten und mit ihnen den für seine Wirtschaft erforderlichen Handel treiben. Das wird die Wiedergeburt Deutschlands als freie und große Nation sein.

Am 4. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik wollen wir das Gelöbnis ablegen, alle unsere Kräfte für dieses große nationale Ziel des deutschen Volkes einzusetzen.

„Neues Deutschland“ vom 7. Oktober 1953.

Alle Kraft für das Wohl unseres Volkes!

*Ansprache in der gemeinsamen Sitzung der Volks- und Länderkammer nach der Wiederwahl zum Präsidenten
7. Oktober 1953*

Herr Präsident!

Meine Damen und Herren Abgeordnete beider Kammern!

Ich danke Ihnen recht herzlich für das Vertrauen, das Sie mir mit der Wiederwahl zum Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik entgegengebracht haben. Ich werde stets bemüht sein, mich dieses Vertrauens würdig zu erweisen. Mir ist die höchste Ehre zuteil geworden, und ich werde sie stets als höchste Verpflichtung betrachten, dem Wohle unserer Republik und den Interessen der Nation zu dienen.

Das Wohl unserer Republik erfordert die allseitige und rasche Verwirklichung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufgaben, die in ihrer Gesamtheit den neuen Kurs ausmachen. In den vergangenen vier Jahren wurde in unserer Republik durch die gemeinsame Arbeit von Arbeitern und Bauern, Technikern und Ingenieuren, Wissenschaftlern und Künstlern ein großes Aufbauwerk vollbracht. Alles, was in Industrie und Landwirtschaft, Wissenschaft und Kultur erreicht wurde, gilt es jetzt für die ständige Verbesserung und Bereicherung des Lebens aller schaffenden Menschen unserer Republik einzusetzen. Wir haben dabei die großherzige Hilfe der Sowjetunion und der Volksrepubliken. Es muß und wird uns gelingen, unsere Deutsche Demokratische Republik so zu entwickeln, daß alle friedliebenden Deutschen in ihr das Vorbild des einheitlichen und demokratischen deutschen Staates sehen werden.

Im Interesse der Nation gilt es, mit erhöhter Kraft nach der demokratischen Einheit eines friedliebenden Deutschlands zu streben. Im Westen unseres Vaterlandes erheben die alten imperialistischen und militaristischen Kräfte wieder ihr Haupt, die

unser Volk schon zweimal in die nationale Katastrophe geführt haben. Von Eigensucht und Revanchegelüsten getrieben, geben sie die nationalen Interessen des deutschen Volkes preis und unterwerfen sich der aggressiven Politik des amerikanischen Imperialismus. Die verhängnisvollen Ergebnisse dieser Politik können nur Vertiefung der Spaltung, wirtschaftliche und militärische Kriegsvorbereitungen und schließlich Vernichtungskrieg auf deutschem Boden sein.

Doch es gibt einen anderen Weg, den Weg der nationalen Einheit und des Friedens. Die Regierung der Sowjetunion hat in ihrer Note vom 28. September 1953 erneut vorgeschlagen, auf einer Konferenz der Außenminister das deutsche Problem allseitig zu prüfen. Dazu gehört die Einberufung einer Friedenskonferenz zur Behandlung der Frage des Friedensvertrages mit Deutschland. Dazu gehört die Bildung einer Provisorischen Gesamtdeutschen Regierung und die Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen. Dazu gehört schließlich die Erleichterung der finanziellen und wirtschaftlichen Verpflichtungen Deutschlands, die mit den Kriegsfolgen zusammenhängen. Die Sowjetregierung wünscht, daß an der Konferenz zur Erörterung dieser entscheidenden Fragen Vertreter aus Ost- und Westdeutschland teilnehmen.

Hier ist ein gangbarer Weg zur Lösung der brennendsten Probleme unseres Volkes gewiesen. Ich darf wohl in Ihrer aller Namen erklären, daß die Deutsche Demokratische Republik bereit und gewillt ist, ihn zu beschreiten. Wir erklären erneut unsere ehrliche Bereitschaft zur gesamtdeutschen Verständigung über alle Fragen, die der demokratischen Einheit eines friedliebenden Deutschlands und der Gewinnung eines gerechten Friedensvertrages dienen.

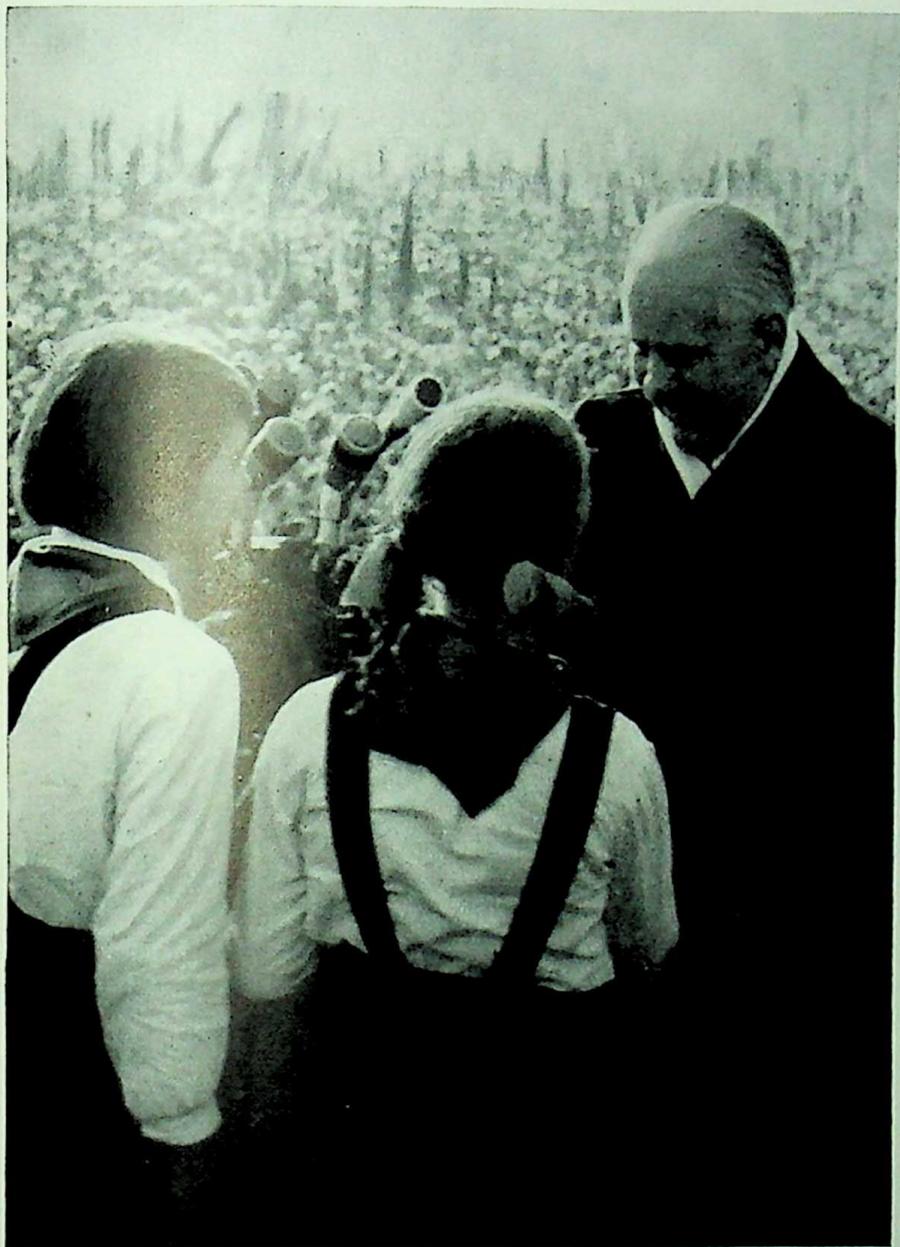
So sehe ich die Grundlinien unserer Politik. Es gilt den neuen Kurs erfolgreich durchzuführen und einen neuen Aufschwung von Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft in unserer Republik zu sichern. Es gilt alle Kräfte einzusetzen, um Deutschland auf demokratischen Grundlagen wieder zu vereinigen und den Abschluß eines Friedensvertrages mit ganz Deutschland zu beschleunigen. Die Abgeordneten beider Kammern und das ganze

deutsche Volk können versichert sein, daß ich im Dienste dieser großen Aufgaben meine Kräfte nicht schonen werde.

Es lebe die Deutsche Demokratische Republik!

Es lebe das deutsche Volk und seine friedliche Zukunft als einheitliche und große Nation!

Nach dem Stenogramm.



Präsident Wilhelm Pieck wird während einer machtvollen Kundgebung auf dem Marx-Engels-Platz von Berliner Jungen Pionieren zu seiner Wiederwahl als Präsident der Deutschen Demokratischen Republik beglückwünscht

Brüderliche Solidarität mit dem koreanischen Volke!

*Ansprache beim Empfang einer koreanischen Handelsdelegation
9. Oktober 1953*

Meine lieben koreanischen Freunde!

Liebe Genossen!

Ich freue mich, daß Sie mit dem Ergebnis Ihrer Verhandlungen zufrieden sind. Ich hoffe, Sie haben in den wenigen Tagen Ihres Aufenthalts in der Deutschen Demokratischen Republik die große Sympathie verspürt, die Ihrem Volke von den friedliebenden Deutschen entgegengebracht wird.

Das koreanische Volk hat im Kampf gegen die amerikanischen Aggressoren und die Li-Syng-Man-Söldner heroische Leistungen vollbracht. Heldenmütig hat es gemeinsam mit den brüderlichen chinesischen Freiwilligenverbänden seine Freiheit und nationale Unabhängigkeit gegen die amerikanischen Weltherrschaftsgelüste verteidigt.

Der Abschluß des Waffenstillstands in Korea war ein großer Sieg Ihres Volkes und aller friedliebenden und fortschrittlichen Menschen. Ihr tapferes Volk hat die Brandfackel des Krieges ausgetreten, die die Imperialisten von Korea aus in die ganze Welt schleudern wollten. Das koreanische Volk hat so allen friedliebenden Menschen in der Welt, auch uns Deutschen, einen großen Dienst erwiesen. Es hat unter schweren materiellen Verlusten und blutigen Opfern auch für das deutsche Volk den Frieden gegen die imperialistischen Anschläge verteidigt.

Wir deutschen Patrioten betrachten es daher, ebenso wie alle anderen friedliebenden Völker, als unsere Ehrenpflicht, unseren koreanischen Brüdern beim Neuaufbau ihrer Heimat behilflich zu sein. Leider ist unser Beitrag bescheiden gegenüber der großen Hilfe, die Ihrem Volk von den anderen Ländern des Friedenslagers geleistet wird. Wir hoffen, daß Sie und das koreanische Volk unseren bescheidenen Beitrag zum Aufbau Ihrer Heimat

dennoch als Ausdruck der brüderlichen Solidarität und großen Sympathie des friedliebenden Deutschlands für Ihr heldenhaftes Volk betrachten. In diesem Sinne bitte ich Sie, unseren koreanischen Brüdern und Schwestern, der koreanischen Regierung und dem Genossen Kim Ir Sen unsere brüderlichen Kampfesgrüße zu überbringen.

Nach dem Stenogramm.

Der Präsident dankt den Werktätigen für ihr Vertrauen

*Ansprache beim Empfang einer Delegation aus dem Mansfeld-
Kombinat „Wilhelm Pieck“
26. Oktober 1953*

Liebe Kumpel, liebe Freunde und Genossen!

Zunächst danke ich den Berichterstattern für ihre Ausführungen. Aus ihnen sprach der Wille aller Werktätigen des Mansfeld-Kombinats, die Regierung bei der Durchführung des neuen Kurses vorbildlich zu unterstützen.

Die wichtigste Voraussetzung für die schnelle Verwirklichung des neuen Kurses ist die Entfaltung der breitesten Initiative der Werktätigen zur Erhöhung, Verbesserung und Verbilligung der Produktion. In diesem Sinne haben die Mansfeld-Kumpel aus Anlaß des vierten Gründungstages der Deutschen Demokratischen Republik und meiner Wiederwahl zum Präsidenten Hunderte von Selbstverpflichtungen übernommen. Ich habe mir eure Verpflichtungsmappe aufmerksam angesehen und mich besonders über die darin zum Ausdruck kommende Verbundenheit der Werktätigen mit ihrer Partei und Regierung gefreut. In den Tagen nach meiner Wiederwahl sind mir aus den Betrieben unserer volkseigenen Wirtschaft Tausende solcher Verpflichtungen zugegangen. Sie werden dazu beitragen, unter den Werktätigen in der Produktion die erforderliche große Initiative zu entfalten, die es ermöglicht, die Bevölkerung mit mehr, besseren und billigeren Waren zu beliefern. Wie ernst die Regierung diese Aufgabe nimmt, beweist die neue Preissenkung im staatlichen, genossenschaftlichen und privaten Einzelhandel. Durch sie gewinnt die Bevölkerung unserer Republik allein in den noch verbleibenden zwei Monaten dieses Jahres rund 540 Millionen Mark.

Ich möchte euren Besuch, liebe Mansfeld-Kumpel, benutzen, um in eurer Person allen Arbeitern, Angestellten und Technikern unserer volkseigenen Wirtschaft für die mir übermittelten Glück-

wünsche und Produktionsverpflichtungen meinen herzlichsten Dank auszusprechen.

Eure Berichte und Verpflichtungen zeigen, daß die Kumpel des Mansfeld-Kombinats begriffen haben, auf was es jetzt ankommt. Besonders erfreulich ist, daß sich viele Kumpel verpflichtet haben, am Massenwettbewerb der metallurgischen Betriebe teilzunehmen. Die Partei- und Gewerkschaftsorganisationen und die Werkleitung müssen alle Kraft daransetzen, um den Kumpeln bei der Durchführung der übernommenen Verpflichtungen zu helfen.

Der Einbau der Zahnradbahn auf dem „Fortschritt“-Schacht zeugt von den Bemühungen der Regierung, durch Verbesserung der technischen Einrichtungen den Werktätigen leichtere Arbeitsbedingungen zu schaffen. Es ist aber nicht immer notwendig, so große Investitionen vorzunehmen. Es kommt darauf an, ständig zu prüfen, wo durch bessere Arbeitsorganisation oder technische Verbesserungen ähnliche Erleichterungen der Arbeit erreicht werden können.

Dabei liegt mir der Arbeitsschutz besonders am Herzen. Es ist natürlich klar, daß bei den abgewirtschafteten Anlagen, die uns die Mansfeld AG hinterlassen hat, nicht alle Mängel im Arbeitsschutz mit einem Schlage beseitigt werden können. Es muß aber die vornehmste Aufgabe der Gewerkschaften und aller verantwortlichen Mitarbeiter des Kombinats sein, ständig für die Sicherheit der Kumpel zu sorgen.

Die Beseitigung von Schwierigkeiten und Mängeln in der Produktion, die Beachtung berechtigter Wünsche und Vorschläge der Kumpel werden dazu beitragen, die Masseninitiative noch stärker zu entfalten. Das dient dem Wohle aller Werktätigen. In diesem Sinne wünsche ich euch weitere große Erfolge in eurer Arbeit.

Nach dem Stenogramm.

BIOGRAPHISCHE DATEN

1950

15. November Präsident Wilhelm Pieck vereidigt die nach den Volks-
wahlen vom 15. Oktober neu gebildete Regierung der
Deutschen Demokratischen Republik.
- 18.—20. Dez. Präsident Wilhelm Pieck besucht den Präsidenten der
Volksrepublik Polen, Boleslaw Bierut, in Warschau.
31. Dezember Neujahrsbotschaft des Präsidenten Wilhelm Pieck an
das deutsche Volk.

1951

2. Januar Besuch und Ansprache des Präsidenten in der „Wil-
helm-Pieck-Schule“ in Berlin-Pankow.
3. Januar Anlässlich seines 75. Geburtstages wird Präsident Wil-
helm Pieck der Ehrentitel „Held der Arbeit“ verliehen.
Viele ausländische Freunde nehmen an den Geburts-
tagsfeierlichkeiten teil.
- Auf Beschluß des ZK der SED erscheint zum 75. Geburts-
tag Wilhelm Piecks Band I und II einer erweiterten
Auswahlausgabe seiner Reden und Aufsätze.
4. Januar Festsitzung der Industriegewerkschaft Bau—Holz zum
75. Geburtstag des Präsidenten Wilhelm Pieck, auf der
er das Wort ergreift.
5. Januar Wilhelm Pieck empfängt im „Zentralhaus der Einheit“
Veteranen der westdeutschen Arbeiterbewegung.
14. Januar Präsident Wilhelm Pieck hält die Ansprache bei der
Einweihung der „Gedenkstätte der Sozialisten“ auf
dem Friedhof in Berlin-Friedrichsfelde zum 32. Jahres-
tag der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa
Luxemburg.

20. Januar Als Ehrenpräsident der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft hält Wilhelm Pieck auf deren III. Kongreß eine Ansprache.
31. Januar Präsident Wilhelm Pieck nimmt an der Eröffnung der Ratstagung der Internationalen Demokratischen Frauenföderation teil.
2. Februar Präsident Wilhelm Pieck empfängt in seinem Amtssitz die Jugend-Lok-Brigade „Wilhelm Pieck“ vom Bahnbetriebswerk Dresden.
10. Februar Präsident Wilhelm Pieck besichtigt die Ausstellung der Geschenke, die ihm zu seinem 75. Geburtstag aus allen Kreisen der Bevölkerung und aus vielen Ländern gemacht wurden. Die Ausstellung steht unter dem Motto: „Geschenke des Volkes — Geschenke des Vertrauens“.
16. Februar Präsident Wilhelm Pieck nimmt an den II. Wintersportmeisterschaften in Oberhof teil und spricht zu den Sportlern.
22. Februar Präsident Wilhelm Pieck hält vor der Belegschaft der Transformatorenwerke in Berlin-Oberschöneweide ein Referat „Das Stalin-Interview und unsere nächsten Aufgaben“.
24. Februar Präsident Wilhelm Pieck gibt einen Empfang für die Teilnehmer der Tagung des Weltfriedensrates in Berlin.
3. März Präsident Wilhelm Pieck fährt zu einer Vorbesichtigung der Frühjahrmesse nach Leipzig.
4. März Wilhelm Pieck besucht den Parteitag der KPD.
5. März Präsident Wilhelm Pieck eröffnet anlässlich des 75. Geburtstages von Rosa Luxemburg eine Ausstellung in Berlin.
7. März Wilhelm Pieck nimmt an der 2. Zentralen Pressekonferenz der SED in Berlin teil.
8. März Eröffnung der Käthe-Kollwitz-Ausstellung im Beisein des Präsidenten Wilhelm Pieck.

22. März · Präsident Wilhelm Pieck spricht vor der Belegschaft des LEW Hennigsdorf.
23. März Teilnahme des Präsidenten Wilhelm Pieck an der Europäischen Arbeiterkonferenz in Berlin.
5. April Präsident Wilhelm Pieck empfängt in seinem Amtssitz Delegierte zur Tagung Deutscher Komponisten und Musikwissenschaftler.
7. April Präsident Wilhelm Pieck empfängt in seinem Amtssitz Delegierte des neugewählten Vorstandes der Domowina.
16. April Präsident Wilhelm Pieck empfängt eine Delegation des Mansfeld-Kombinats „Wilhelm Pieck“.
21. April Rede Wilhelm Piecks auf der Festveranstaltung zum 5. Jahrestag der Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.
- 22.—24. April Der Präsident der Volksrepublik Polen, Boleslaw Bierut, besucht Präsident Wilhelm Pieck und die Deutsche Demokratische Republik.
28. April In Berlin wird eine Ausstellung „Das Leben Wilhelm Piecks“ eröffnet.
1. Mai Wilhelm Pieck hält auf der Maikundgebung in Chemnitz eine Rede.
11. Mai Präsident Wilhelm Pieck empfängt in seinem Amtssitz die 8. Mädchenklasse der „Pestalozzi“-Schule in Guben.
15. Mai Präsident Wilhelm Pieck spricht über den demokratischen Rundfunk zur gesamten Bevölkerung Deutschlands und fordert zur Teilnahme an der Volksbefragung gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für den Abschluß eines Friedensvertrages auf.
20. Mai Wilhelm Pieck spricht auf einer Kundgebung des Mansfeld-Kombinats „Wilhelm Pieck“ in der Stadt Eisleben, deren Ehrenbürger er ist.

26. Mai Präsident Wilhelm Pieck hält beim Stapellauf des Segelschulschiffes „Wilhelm Pieck“ in Warnemünde eine Ansprache.
30. Mai Wilhelm Pieck spricht zur Belegschaft des Stahl- und Walzwerkes Riesa.
2. Juni Rede des Präsidenten Wilhelm Pieck auf einer Massenkundgebung in Halle am Vorabend der Volksbefragung gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages.
6. Juni Präsident Wilhelm Pieck empfängt in seinem Amtssitz eine chinesische Freundschaftsdelegation.
7. Juni Präsident Wilhelm Pieck hält anläßlich der Grundsteinlegung einer neuen Schule — ein Geburtstagsgeschenk der Angehörigen der Deutschen Volkspolizei an den Präsidenten — in seiner Heimatstadt Guben eine Ansprache.
20. Juni Präsident Wilhelm Pieck besichtigt die zu den III. Weltfestspielen der Jugend und Studenten neuerbauten Sportstätten in Berlin.
22. Juni Präsident Wilhelm Pieck empfängt den neuernannten Botschafter der CSR, Emil Hrsel, zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens.
24. Juni Präsident Wilhelm Pieck empfängt im Beisein führender Regierungsmitglieder den Dirigenten Erich Kleiber zur Erörterung des Wiederaufbaus der Deutschen Staatsoper in Berlin, Unter den Linden.
27. Juni Präsident Wilhelm Pieck empfängt in seinem Amtssitz den Präsidenten des Evangelischen Kirchentages, D. Dr. von Thadden-Trieglaff, und den Beauftragten der Evangelischen Kirche bei der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Propst Grüber.
30. Juni Präsident Wilhelm Pieck empfängt in seinem Amtssitz 30 Verdiente Bergarbeiter.

11. Juli Präsident Wilhelm Pieck nimmt an der Eröffnung des Gesamtdeutschen Evangelischen Kirchentages in der Marienkirche in Berlin teil.
19. Juli Präsident Wilhelm Pieck empfängt in seinem Amtssitz das Sekretariat des Deutschen Sportausschusses sowie das Nationale Olympische Komitee der Deutschen Demokratischen Republik.
3. August Wilhelm Pieck nimmt an der Eröffnung der Ausstellung zum 80. Geburtstag Karl Liebknechts teil.
Wilhelm Pieck nimmt an der Enthüllung des Stalin-Denkmals in der Stalinallee in Berlin teil.
4. August Präsident Wilhelm Pieck eröffnet die Pionierrepublik „Ernst Thälmann“ in der Wuhlheide bei Berlin mit einer Rede.
5. August Feierliche Eröffnung der III. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Berlin durch den Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck.
6. August Teilnahme des Präsidenten Wilhelm Pieck an der Eröffnung der XI. Akademischen Sommersportspiele in Berlin.
10. August Präsident Wilhelm Pieck gibt für die Leiter der Delegationen zu den III. Weltfestspielen der Jugend und Studenten einen Empfang in Schloß Niederschönhausen.
13. August Rede Wilhelm Piecks auf der Gedächtnisfeier zum 80. Geburtstag von Karl Liebknecht.
17. August Präsident Wilhelm Pieck besichtigt ein Zeltlager der Volkspolizei und dankt den Volkspolizisten für ihre vorbildliche Pflichterfüllung während der III. Weltfestspiele der Jugend und Studenten.
7. Oktober Zum 2. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik verleiht Präsident Wilhelm Pieck die deutschen Nationalpreise 1951 für Kunst und Literatur, Wissenschaft und Technik.
13. Oktober Zum Tag der Aktivisten verleiht Präsident Wilhelm Pieck den Ehrentitel „Held der Arbeit“.

17. Oktober Präsident Wilhelm Pieck eröffnet die Deutsche Akademie der Landwirtschaftswissenschaften und beruft ihre Mitglieder.
- 23.—25. Okt. Präsident Wilhelm Pieck besucht in Prag den Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik, Klement Gottwald.
4. November Brief des Präsidenten Wilhelm Pieck an den Bundespräsidenten Prof. Theodor Heuß mit dem Vorschlag zu einer Zusammenkunft, um die Einberufung einer gesamtdeutschen Beratung zu erörtern.
22. November Antwortbrief auf das Schreiben des Bundespräsidenten Prof. Theodor Heuß vom 7. November 1951.
24. November Präsident Wilhelm Pieck nimmt an der Eröffnung der Deutschen Bach-Ausstellung teil.
1. Dezember Die Ausstellung „Künstler schaffen für den Frieden“ wird im Beisein des Präsidenten Wilhelm Pieck eröffnet.
8. Dezember Präsident Wilhelm Pieck beruft die Mitglieder der Deutschen Bauakademie.
12. Dezember Verleihung der Heinrich-Greif-Preise für 1951 an verdiente Filmschaffende durch Präsident Wilhelm Pieck.
13. Dezember Präsident Wilhelm Pieck empfängt in seinem Amtssitz eine Delegation der Kalk- und Zementwerke Rüdersdorf.
14. Dezember Präsident Wilhelm Pieck empfängt in seinem Amtssitz eine Delegation aus dem „Dorf des Friedens“ (Hohendorf).
17. Dezember Präsident Wilhelm Pieck empfängt den ehemaligen Reichskanzler Dr. Joseph Wirth.
31. Dezember Neujahrsbotschaft des Präsidenten Wilhelm Pieck an das deutsche Volk.

1952

13. Januar Wilhelm Pieck hält eine Rede auf der Liebknecht-Luxemburg-Gedächtniskundgebung an der „Gedenkstätte der Sozialisten“ in Berlin-Friedrichsfelde.
16. Januar Präsident Wilhelm Pieck empfängt in seinem Amtssitz den Präsidenten des Lutherischen Weltbundes, Bischof Dr. Nygren, und den Leitenden Bischof der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirchen Deutschlands, Landesbischof D. Meiser.
18. Januar Eine Delegation der Belegschaft von „Stern Radio“, Staßfurt, überbringt dem Präsidenten sechs Rundfunkapparate.
25. Januar Präsident Wilhelm Pieck empfängt in seinem Amtssitz eine Delegation des Segelschulschiffes „Wilhelm Pieck“.
31. Januar Präsident Wilhelm Pieck fährt zu den III. Wintersportmeisterschaften der Deutschen Demokratischen Republik in Oberhof.
3. Februar Präsident Wilhelm Pieck hält auf der Abschlußkundgebung der III. Wintersportmeisterschaften in Oberhof eine Ansprache.
6. Februar Der Gesandte der Volksrepublik Albanien, Halim Budo, überreicht dem Präsidenten Wilhelm Pieck sein Beglaubigungsschreiben.
27. Februar Wilhelm Pieck hält auf der FDJ-Hochschule am Bogensee einen Schulungsvortrag.
28. Februar Wilhelm Pieck spricht vor der Belegschaft des Berliner Glühlampenwerkes.
5. März Vorlesung Wilhelm Piecks an der Parteihochschule „Karl Marx“.
9. März Aus Anlaß des Internationalen Frauentages empfängt Präsident Wilhelm Pieck in seinem Amtssitz eine große Frauendelegation.

- 11.—13. März Der Präsident der Tschechoslowakischen Republik, Klement Gottwald, besucht den Präsidenten Wilhelm Pieck und die Deutsche Demokratische Republik.
17. März Botschafter Tschu Peng-fei überbringt dem Präsidenten Wilhelm Pieck ein Geschenk des Vorsitzenden der Zentralen Volksregierung der Volksrepublik China, Mao Tse-tung.
26. März Präsident Wilhelm Pieck hält als Ehrenpräsident des Deutschen Beethoven-Ausschusses eine Ansprache beim Festakt zum 125. Todestag Ludwig van Beethovens.
16. April Anlässlich des 66. Geburtstages von Ernst Thälmann enthüllt Wilhelm Pieck eine Gedenktafel in Berlin.
23. April Präsident Wilhelm Pieck empfängt in seinem Amtssitz eine Delegation von Facharbeitern aus der Tschechoslowakischen Republik.
25. April Präsident Wilhelm Pieck besucht die Eröffnung der Leonardo-da-Vinci-Ausstellung.
28. April Präsident Wilhelm Pieck empfängt eine polnische Jugenddelegation.
1. Mai Rede Wilhelm Piecks auf dem Marx-Engels-Platz in Berlin.
14. Mai Ansprache des Präsidenten Wilhelm Pieck beim Besuch der Bergakademie Freiberg.
16. Mai Präsident Wilhelm Pieck nimmt an der Eröffnung des IV. Bundeskongresses des DFD teil.
22. Mai Präsident Wilhelm Pieck besucht den III. Deutschen Schriftstellerkongreß.
23. Mai Präsident Wilhelm Pieck verleiht den Heinrich-Greif-Preis für das Jahr 1952 an verdiente Filmschaffende.
23. Mai Der Botschafter der UdSSR in der Deutschen Demokratischen Republik, G. M. Puschkin, stattet dem Präsidenten Wilhelm Pieck seinen Abschiedsbesuch ab.
1. Juni Ansprache des Präsidenten Wilhelm Pieck auf dem Sport- und Kulturfest der deutschen Jugend in Leipzig.

2. Juni Präsident Wilhelm Pieck überreicht seinem 1000. Patenkind persönlich die Urkunde und das Patengeschenk.
4. Juni Präsident Wilhelm Pieck empfängt eine Delegation der Domowina.
5. Juni Präsident Wilhelm Pieck empfängt den neuernannten Botschafter der UdSSR, I. I. Iljitschow, zur Übergabe des Beglaubigungsschreibens.
19. Juni Wilhelm Pieck empfängt die Schwester Georgi Dimitroffs, Frau Jelena Dimitroff-Tscherwenkoff.
- 27.—28. Juni Wilhelm Pieck nimmt an der Berliner Landesdelegiertenkonferenz der SED teil.
2. Juli Präsident Wilhelm Pieck besichtigt das Dimitroff-Museum in Leipzig und die Gartenbauausstellung in Markkleeberg.
4. Juli Präsident Wilhelm Pieck nimmt an der Eröffnung der Festspiele der Volkskunst teil.
5. Juli Präsident Wilhelm Pieck veranstaltet für die Delegierten des Weltfriedensrates einen Empfang in Schloß Niederschönhausen.
9. Juli Eröffnung der II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in Berlin durch Wilhelm Pieck.
10. Juli Rede Wilhelm Piecks in der Diskussion zum Bericht über „Die gegenwärtige Lage und die neuen Aufgaben der SED“.
12. Juli Ansprache Wilhelm Piecks beim Richtfest an der Stalinallee in Berlin.
16. Juli Präsident Wilhelm Pieck eröffnet das Pionierlager „Wilhelm Pieck“ am Werbellinsee.
24. August Präsident Wilhelm Pieck besucht das Pioniertreffen in Dresden.
28. August Rundfunkansprache des Präsidenten Wilhelm Pieck an das deutsche Volk.
3. September Präsident Wilhelm Pieck spricht auf einer Massenkundgebung in Magdeburg.

6. September Präsident Wilhelm Pieck empfängt in seinem Amtssitz eine Delegation der „Wilhelm-Pieck-Schule“ in Guben.
7. September Wilhelm Pieck besucht die Eröffnung der Leipziger Herbstmesse.
9. September Präsident Wilhelm Pieck antwortet einer deutschen Mutter auf ihren Brief über den Kampf um den Frieden.
17. September Präsident Wilhelm Pieck nimmt an der Konferenz der Filmschaffenden teil.
19. September Die Volkskammerdelegation verabschiedet sich vor ihrer Abreise nach Bonn von dem Präsidenten Wilhelm Pieck.
21. September Präsident Wilhelm Pieck empfängt die aus Bonn zurückgekehrte Volkskammerdelegation zur Berichterstattung.
26. September Präsident Wilhelm Pieck hält auf der konstituierenden Sitzung des Komitees für die Durchführung des Monats der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft eine Rede, in der er die deutsch-sowjetische Freundschaft als Herzenssache aller Deutschen bezeichnet.
5. Oktober Der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Nikolai Michailowitsch Schwernik, besucht den Präsidenten Wilhelm Pieck.
6. Oktober Präsident Wilhelm Pieck verleiht die deutschen Nationalpreise 1952 für Kunst und Literatur, Wissenschaft und Technik.
6. Oktober Präsident Wilhelm Pieck gibt zu Ehren der ausländischen Delegationen zum 3. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik in Schloß Niederschönhausen ein Staatsbankett.
11. Oktober Wilhelm Pieck hält eine Begrüßungsansprache auf dem XIX. Parteitag der KPdSU in Moskau.
25. Oktober Wilhelm Pieck hält auf der Parteihochschule „Karl Marx“ eine Vorlesung über den XIX. Parteitag der KPdSU.

27. Oktober Präsident Wilhelm Pieck empfängt den Ministerpräsidenten der Volksrepublik Ungarn, Mátyás Rákosi, der die Deutsche Demokratische Republik besucht.
1. November Präsident Wilhelm Pieck empfängt eine Delegation aus Vertretern mehrerer Betriebe des Maschinenbaus.
6. November Rede Wilhelm Piecks auf der Festveranstaltung der SED zum 35. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution.
12. November Präsident Wilhelm Pieck gibt eine Erklärung ab über den gemeinsamen Widerstand der deutschen und der französischen Patrioten gegen die Wiedererrichtung des Militarismus in Westdeutschland.
24. November Präsident Wilhelm Pieck empfängt eine Delegation aus Vertretern mehrerer Energiewerke.
26. November Präsident Wilhelm Pieck empfängt im Beisein von Regierungsmitgliedern eine Delegation der Deutschen Akademie der Wissenschaften.
30. November Vor den Studenten und Lehrern der Gewerkschaftshochschule hält Wilhelm Pieck ein Referat über die Gewerkschaftswahlen.
5. Dezember Die I. Konferenz der Vorsitzenden der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften wird von Präsident Wilhelm Pieck eröffnet.
6. Dezember Präsident Wilhelm Pieck empfängt in seinem Amtssitz Helden der Arbeit und Zwischensieger im sozialistischen Wettbewerb der metallurgischen Industrie.
13. Dezember Wilhelm Pieck nimmt an der Theoretischen Konferenz der SED über Stalins Werk „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“ teil.
21. Dezember Präsident Wilhelm Pieck verleiht erstmalig die Auszeichnung „Hervorragender Wissenschaftler“.
31. Dezember Neujahrsbotschaft des Präsidenten Wilhelm Pieck an das deutsche Volk.

1953

18. Januar Auf dem Friedhof in Berlin-Friedrichsfelde hält Präsident Wilhelm Pieck die Ansprache bei der Liebknecht-Luxemburg-Gedächtniskundgebung.
5. Februar Präsident Wilhelm Pieck empfängt Betriebsleiter des Schwermaschinenbaus zur Berichterstattung über die Erfüllung des Finanzplans durch 21 Betriebe des Maschinenbaus.
7. Februar Eröffnungsansprache Wilhelm Piecks auf der feierlichen Gedenksitzung zum 20. Jahrestag der illegalen Plenarsitzung des ZK der KPD, auf der Ernst Thälmann zum letztenmal referierte, am historischen Tagungsort, Sporthaus Ziegenhals.
- 12.—15. Febr. Präsident Wilhelm Pieck besucht die IV. Wintersportmeisterschaften in Oberhof und hält eine Ansprache an die Sportler.
5. März Zum Ableben von Josef Wissarionowitsch Stalin richtet Wilhelm Pieck ein Beileidstelegramm an Nikolai Michailowitsch Schwernik.
9. März Die „Prawda“ veröffentlicht einen Artikel Wilhelm Piecks zum Tode von Josef Wissarionowitsch Stalin.
15. März Präsident Wilhelm Pieck sendet an den Vorsitzenden der Nationalversammlung der Tschechoslowakischen Republik, Dr. Oldrich John, ein Beileidstelegramm zum Tode des Präsidenten Klement Gottwald.
10. April Der neuernannte Botschafter der Tschechoslowakischen Republik, Lubomir Linhart, wird zur Übergabe seines Beglaubigungsschreibens von Präsident Wilhelm Pieck empfangen.
25. April Präsident Wilhelm Pieck reist zu einem längeren Kur-aufenthalt in die Sowjetunion.
5. Mai Wilhelm Pieck wird vom Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik gebeten, als erster den Karl-Marx-Orden anzulegen, und nimmt diesen Vorschlag an.

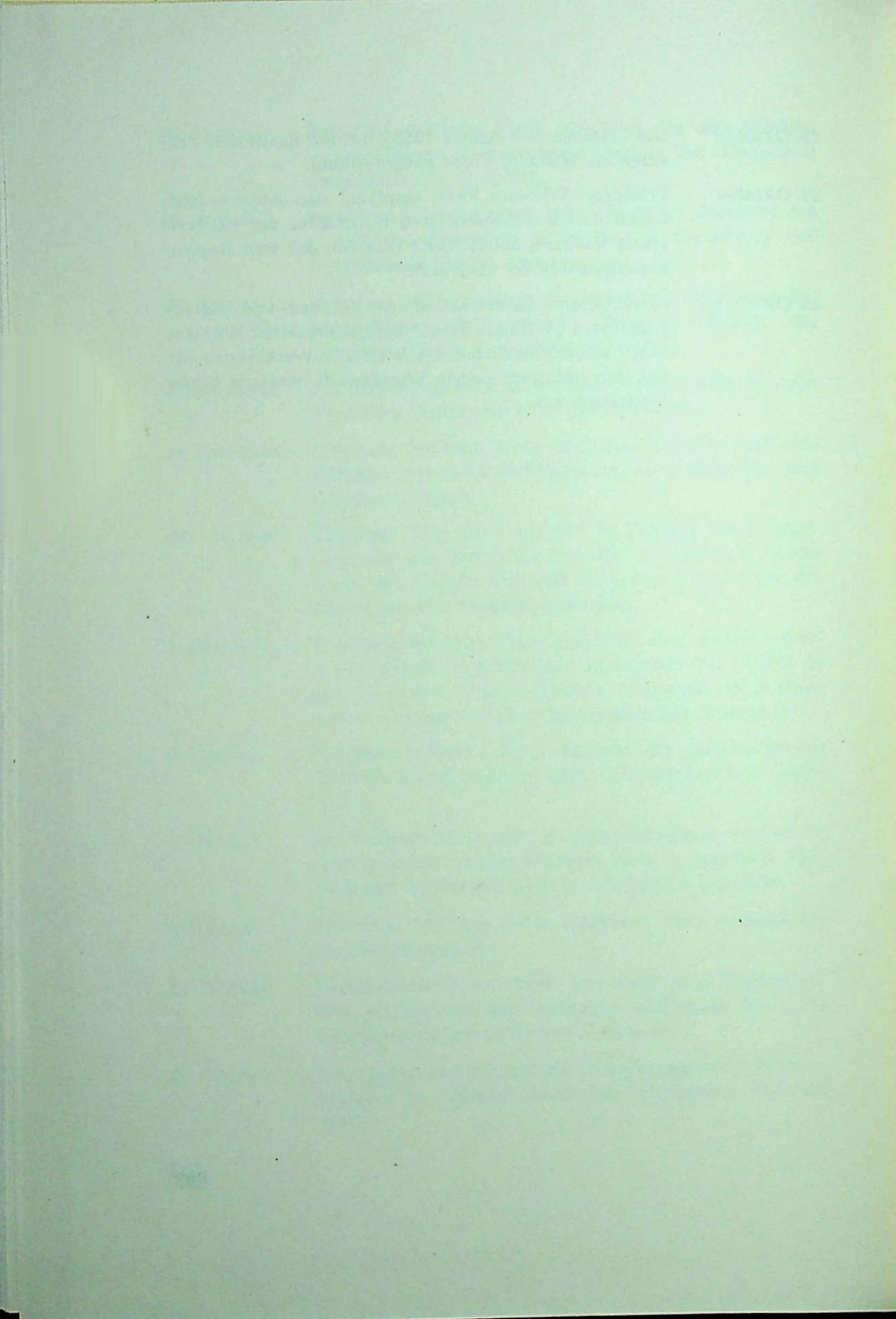
8. Mai Im Auftrage des Präsidenten Wilhelm Pieck überreicht der Chef der Präsidialkanzlei, Staatssekretär Max Opitz, beim Staatsakt der Regierung zum Tag der Befreiung den Karl-Marx-Orden an den Ministerpräsidenten Otto Grotewohl und den Stellvertreter des Ministerpräsidenten Walter Ulbricht.
9. Juni Im Einverständnis mit Wilhelm Pieck veröffentlicht das Politbüro des Zentralkomitees der SED die Erklärung über den neuen Kurs der Partei.
27. Juni Präsident Wilhelm Pieck richtet ein Telegramm an die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik, in dem er zu dem faschistischen Putschversuch vom 17. Juni Stellung nimmt.
29. Juni Präsident Wilhelm Pieck empfängt während seines Kuraufenthalts das Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der SED Hermann Matern und das Mitglied des Zentralkomitees der SED Otto Winzer zur Berichterstattung über die Ereignisse in Deutschland und die von der Parteiführung beschlossenen Maßnahmen.
2. Juli In einer Rundfunkansprache und einem Artikel nimmt Präsident Wilhelm Pieck Stellung zum neuen Kurs der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Regierung.
20. Juli Präsident Wilhelm Pieck begrüßt in einer Stellungnahme die Erklärung des Ministerrats der Deutschen Demokratischen Republik für gesamtdeutsche Verhandlungen von Vertretern Ost- und Westdeutschlands.
1. August Präsident Wilhelm Pieck trifft nach seiner Genesung auf dem Ostbahnhof in Berlin ein und wird von den versammelten Werktätigen stürmisch begrüßt.
17. August Präsident Wilhelm Pieck nimmt in einer Rundfunkansprache an das deutsche Volk zur Note der Sowjetregierung an die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der USA Stellung.
20. August Präsident Wilhelm Pieck empfängt in Schloß Niederschönhausen eine Delegation koreanischer Kinder, die in der Deutschen Demokratischen Republik Heim und Schule gefunden haben.

24. August Präsident Wilhelm Pieck empfängt die aus Moskau zurückgekehrte Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik.
26. August Präsident Wilhelm Pieck läßt sich durch Vertreter des Leipziger Messeamtes über die Vorbereitung der Herbstmesse Bericht erstatten.
27. August Präsident Wilhelm Pieck empfängt den Gesandten der Mongolischen Volksrepublik, Daschin Adilbich, der sein Beglaubigungsschreiben überreicht.
4. September Zur Bundestagswahl in Westdeutschland hält Wilhelm Pieck eine Ansprache über den Rundfunk.
14. September Präsident Wilhelm Pieck überreicht an alte verdiente Kämpfer der Arbeiterbewegung die Urkunden zum Karl-Marx-Orden.
- 17.—19. Sept. Wilhelm Pieck führt auf der 16. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands den Vorsitz und faßt in einem Schlußwort die Ergebnisse der Tagung zusammen.
1. Oktober Präsident Wilhelm Pieck empfängt den Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der UdSSR in der Deutschen Demokratischen Republik, W. S. Semjonow, der sein Beglaubigungsschreiben überreicht.
6. Oktober Präsident Wilhelm Pieck verleiht die Nationalpreise 1953 für Kunst und Literatur, Wissenschaft und Technik.
7. Oktober Die Volkskammer und die Länderkammer wählen in gemeinsamer Sitzung Wilhelm Pieck erneut zum Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik.
9. Oktober Präsident Wilhelm Pieck empfängt eine koreanische Handelsdelegation.
10. Oktober Präsident Wilhelm Pieck empfängt eine Delegation von Bauarbeitern der Stalinallee und dankt ihnen für das ihm entgegengebrachte Vertrauen.
12. Oktober Verleihung des Ehrentitels „Hervorragender Wissenschaftler des Volkes“ durch den Präsidenten Wilhelm Pieck.

13. Oktober Die „Helden der Arbeit 1953“ werden durch den Präsidenten Wilhelm Pieck ausgezeichnet.
24. Oktober Präsident Wilhelm Pieck empfängt den Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der Chinesischen Volksrepublik, Tschü Peng-fei, der sein Beglaubigungsschreiben überreicht.
26. Oktober Einer Delegation der Mansfelder Bergbau- und Hüttenkombinate „Wilhelm Pieck“ spricht Präsident Wilhelm Pieck seinen herzlichen Dank an alle Werktätigen für das ihm anlässlich seiner Wiederwahl bezeugte große Vertrauen aus.

Reden und Schriften Wilhelm Piecks, die als Einzelausgaben nach Oktober 1950 erschieden sind

- Wilhelm Pieck*, „Johann Sebastian Bach 1750—1950“, 2 Reden, gehalten zur Nationalfeier anlässlich des 200. Todestages von Johann Sebastian Bach von Wilhelm Pieck und Ernst Hermann Meyer am 28. Juli 1950, Deutscher Bachausschuß, Leipzig 1950, 20 Seiten.
- Wilhelm Pieck*, „Die Grundlagen der deutsch-polnischen Freundschaft“, Reden, Berichte und Aufsätze von Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht, Josef Orlopp, „Neues Deutschland“, Berlin 1950, 32 Seiten.
- Wilhelm Pieck*, „Entlarvt die verbrecherischen Machenschaften der Kriegsbrandstifter!“, Interview J. W. Stalins mit einem Korrespondenten der „Prawda“ und Rede des Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik vor den Arbeitern und Angestellten des Transformatorenwerks in Berlin-Oberschöneweide am 22. Februar 1951, herausgegeben vom Büro des Präsidiums des Nationalrats der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, Berlin 1951, 24 Seiten.
- Wilhelm Pieck*, „An das deutsche Volk!“, Rundfunkrede über alle Sender der Deutschen Demokratischen Republik am 15. Mai 1951, herausgegeben vom Amt für Information der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Deutscher Zentralverlag, Berlin 1951, 8 Seiten.
- Wilhelm Pieck*, „Festansprache des Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, zum 125. Todestag Ludwig van Beethovens beim Festakt in der Deutschen Staatsoper Berlin am 26. März 1952“; „Deutsche Demokratische Republik ehrt Ludwig van Beethoven“, herausgegeben vom Amt für Information der Deutschen Demokratischen Republik, Deutscher Zentralverlag, Berlin 1952.



Reden und Schriften Wilhelm Piecks,
die als Einzelausgaben nach Oktober 1950
erschieden sind

Wilhelm Pieck, „Johann Sebastian Bach 1750—1950“, 2 Reden, gehalten zur Nationalfeier anlässlich des 200. Todestages von Johann Sebastian Bach von Wilhelm Pieck und Ernst Hermann Meyer am 28. Juli 1950, Deutscher Bachausschuß, Leipzig 1950, 20 Seiten.

Wilhelm Pieck, „Die Grundlagen der deutsch-polnischen Freundschaft“, Reden, Berichte und Aufsätze von Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht, Josef Orlopp, „Neues Deutschland“, Berlin 1950, 32 Seiten.

Wilhelm Pieck, „Entlarvt die verbrecherischen Machenschaften der Kriegsbrandstifter!“, Interview J. W. Stalins mit einem Korrespondenten der „Prawda“ und Rede des Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik vor den Arbeitern und Angestellten des Transformatorenwerks in Berlin-Oberschöneweide am 22. Februar 1951, herausgegeben vom Büro des Präsidiums des Nationalrats der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, Berlin 1951, 24 Seiten.

Wilhelm Pieck, „An das deutsche Volk!“, Rundfunkrede über alle Sender der Deutschen Demokratischen Republik am 1. März 1951, herausgegeben vom Amt für Information und Propaganda der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Deutscher Zentralverlag, Berlin 1951, 8 Seiten.

Wilhelm Pieck, „Festansprache des Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, zum 125. Todestag Ludwig van Beethovens beim Festakt in der Deutschen Staatsoper Berlin am 26. März 1952“; „Deutsche Demokratische Republik ehrt Ludwig van Beethoven“, herausgegeben vom Amt für Information der Deutschen Demokratischen Republik, Deutscher Zentralverlag, Berlin 1952.

- Wilhelm Pieck*, „Eine stolze Tat der Begründer der deutschen Sozialdemokratie, Der Leipziger Hochverratsprozeß gegen Wilhelm Liebknecht und August Bebel“, Material für Propagandisten, herausgegeben vom Zentralkomitee der SED, Abteilung Propaganda, Potsdam 1952, 11 Seiten.
- Wilhelm Pieck*, „Gegen den Bonner Kriegsvertrag — für einen Friedensvertrag und die bewaffnete Verteidigung des Friedens“, Diskussionsbeitrag auf der II. Parteikonferenz der SED, Berlin, 9. bis 12. Juli 1952, Dietz Verlag, Berlin 1952, 31 Seiten.
- Wilhelm Pieck*, „Herzessache aller Deutschen“, Über die Bedeutung des Monats der deutsch-sowjetischen Freundschaft 1952, Rede auf der konstituierenden Sitzung des Komitees für die Durchführung des Monats der deutsch-sowjetischen Freundschaft 1952 am 26. September 1952 im Haus der Kultur der Sowjetunion in Berlin, herausgegeben vom Zentralvorstand der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, Kultur und Fortschritt, Berlin 1952, 48 Seiten.
- Wilhelm Pieck*, „Karl Liebknechts Vermächtnis für unseren Kampf gegen Remilitarisierung und Kriegsgefahr“; Karl Liebknecht, Ausgewählte Reden, Briefe und Aufsätze, Dietz Verlag, Berlin 1952.
- Wilhelm Pieck*, „Bericht des Genossen Wilhelm Pieck über den XIX. Parteitag der KPdSU vor dem Kollektiv der Parteihochschule ‚Karl Marx‘ am 25. Oktober 1952“; herausgegeben von der Parteihochschule „Karl Marx“ beim ZK der SED, Kleinmachnow 1952, 24 Seiten.
- Wilhelm Pieck*, „Rede vor den Lehrern und Studenten der Hochschule der Gewerkschaften ‚Fritz Heckert‘“, „Tribüne“, Berlin 1953, 34 Seiten.

INHALT

Vorbemerkung	5
NOVEMBER 1950 BIS OKTOBER 1953	
Mit ganzer Kraft das Aufbauwerk vollenden (Ansprache anlässlich der Vereidigung der Regierungsmitglieder, 15. November 1950)	9
Unzerstörbare Freundschaft mit Volkspolen! (Begrüßungsansprache an den Präsidenten der Volksrepublik Polen in Warschau)	12
Neujahrsbotschaft an das deutsche Volk (1951)	17
Im Kreise ehemaliger Berufskollegen (Festsitzung der Industriergewerkschaft Bau—Holz anlässlich des 75. Geburtstages des Präsidenten)	23
Ihr Vermächtnis: Für den Frieden kämpfen! (Rede zur Einweihung des Ehrenmals der sozialistischen Kämpfer in Berlin-Friedrichsfelde, 14. Januar 1951)	28
Das Stalin-Interview und unsere nächsten Aufgaben (Rede im Transformatorenwerk „Karl Liebknecht“, Berlin, 22. Februar 1951)	37
Das revolutionäre Erbe Rosa Luxemburgs und die deutsche Arbeiterbewegung (Zum 80. Geburtstag von Rosa Luxemburg)	60
Fünf Jahre Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (Rede auf der Festveranstaltung in Berlin, 21. April 1951)	71
Es lebe und gedeihe die deutsch-polnische Freundschaft! (Rede auf dem Staatsbankett für den Präsidenten der Volksrepublik Polen, Boleslaw Bierut, in Berlin, 22. April 1951)	95
Tag der Befreiung — Tag des Dankes an die Sowjetunion	103
Zur Volksbefragung gegen die Remilitarisierung und für einen Friedensvertrag (Rundfunkansprache)	112

Der Friede wird den Krieg besiegen durch einmütige Entscheidung des Volkes (Rede in Halle am Vorabend der Volksbefragung in der DDR, 2. Juni 1951)	119
Im Kampf um den Frieden und die Einheit	138
Im Kampf gegen die Kriegsgefahr	139
Die große nationale Verpflichtung	141
Aufschwung der Friedenswirtschaft	143
Sorge um den Menschen	144
Auf dem Wege zur Partei neuen Typus	146
Es lebe die Freundschaft der Jugend aller Nationen! (Rede bei der Eröffnung der III. Weltfestspiele der Jugend und Studenten für den Frieden, 5. August 1951)	150
Der „demokratische Sozialismus“ als ideologische Waffe der Kriegstreiber	155
Karl Liebknecht — Vorkämpfer gegen Militarismus und Krieg (Zu seinem 80. Geburtstag)	168
Karl Liebknechts Kampf gegen den preußisch-deutschen Mili- tarismus	170
Karl Liebknecht, der Lehrer und Freund der Jugend	177
Der Kampf gegen den Krieg	180
Nationalpreis — Dank und Anerkennung des deutschen Volkes (Rede anlässlich der Verleihung der Nationalpreise, 7. Oktober 1951)	190
Ruhm und Ehre unseren Aktivisten, Erfindern und Helden der Arbeit! (Aus der Rede auf dem Staatsakt, 13. Oktober 1951)	200
Die Äcker sollen Früchte zum Wohle der Menschheit tragen! (Aus der Rede anlässlich der Gründung der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften, 17. Oktober 1951)	207
Deutsch-tschechoslowakische Freundschaft festigt den Frieden (An- sprache beim Staatsempfang auf der Prager Burg, 24. Oktober 1951)	211
Zwei Briefe an den Präsidenten der Bundesrepublik, Prof. Heuß ..	219

Erster Brief	219
Zweiter Brief	220
Der Fünfjahrplan des friedlichen Aufbaus	223
Der Plan für jeden und für alle	223
Die Realität unseres Plans	226
Gestützt auf die friedliebende Welt	228
Josef Wissarionowitsch Stalin — der beste Freund des deutschen Volkes	231
Neujahrsbotschaft an das deutsche Volk (1952)	236
Lenin — der große Kämpfer für den Frieden	245
Unsere Presse — schärfste Waffe der Partei	254
Das Volk ist unüberwindlich, wenn es einig ist! (Aus der Rede im Berliner Glühlampenwerk, 28. Februar 1952)	260
An die deutschen Frauen und Mütter! (Zum 5. Jahrestag der Grün- dung des DFD)	278
Kampf gegen die Remilitarisierung in Westdeutschland und für den Friedensvertrag (Vorlesung an der Parteihochschule „Karl Marx“ über das 8. Plenum des ZK der SED, 5. März 1952)	281
Mátyás Rákosi — ein konsequenter Kämpfer für die große Idee Lenins und Stalins	304
Ewige Freundschaft zwischen dem deutschen und dem tschecho- slowakischen Volk! (Aus der Rede auf dem Staatsbankett zu Ehren von Präsident Klement Gottwald, 11. März 1952)	309
Der Leipziger Hochverratsprozeß gegen Wilhelm Liebknecht und August Bebel (Eine stolze Tat der Begründer der deutschen Sozial- demokratie)	319
Die Hintergründe des Prozesses	320
Das Gericht	323
Die Anklage	323

Der Friede wird den Krieg besiegen durch einmütige Entscheidung des Volkes (Rede in Halle am Vorabend der Volksbefragung in der DDR, 2. Juni 1951)	119
Im Kampf um den Frieden und die Einheit	138
Im Kampf gegen die Kriegsgefahr	139
Die große nationale Verpflichtung	141
Aufschwung der Friedenswirtschaft	143
Sorge um den Menschen	144
Auf dem Wege zur Partei neuen Typus	146
Es lebe die Freundschaft der Jugend aller Nationen! (Rede bei der Eröffnung der III. Weltfestspiele der Jugend und Studenten für den Frieden, 5. August 1951)	150
Der „demokratische Sozialismus“ als ideologische Waffe der Kriegstreiber	155
Karl Liebknecht — Vorkämpfer gegen Militarismus und Krieg (Zu seinem 80. Geburtstag)	168
Karl Liebknechts Kampf gegen den preußisch-deutschen Mili- tarismus	170
Karl Liebknecht, der Lehrer und Freund der Jugend	177
Der Kampf gegen den Krieg	180
Nationalpreis — Dank und Anerkennung des deutschen Volkes (Rede anlässlich der Verleihung der Nationalpreise, 7. Oktober 1951)	190
Ruhm und Ehre unseren Aktivisten, Erfindern und Helden der Arbeit! (Aus der Rede auf dem Staatsakt, 13. Oktober 1951)	200
Die Äcker sollen Früchte zum Wohle der Menschheit tragen! (Aus der Rede anlässlich der Gründung der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften, 17. Oktober 1951)	207
Deutsch-tschechoslowakische Freundschaft festigt den Frieden (An- sprache beim Staatsempfang auf der Prager Burg, 24. Oktober 1951)	211
Zwei Briefe an den Präsidenten der Bundesrepublik, Prof. Heuß ..	219

Erster Band	111
Zweiter Band	111
Der Fünfjahresplan des Sozialistischen Vaterlands	111
Der Plan für 1952	111
Die Realität unseres Plans	111
Gestützt auf die freundschaftliche Hilfe	111
Josef Wissarionowitsch Stalin — der große Freund des deutschen	
Volkes	111
Neujahrsbotschaft an das deutsche Volk (1952)	111
Lenin — der große Kämpfer für den Frieden	111
Unsere Presse — schärfste Waffe der Partei!	111
Das Volk ist unüberwindlich, wenn es einig ist! (Aus der Rede im	
Berliner Glühlampenwerk, 28. Februar 1952)	111
An die deutschen Frauen und Mütter! (Zum 5. Jahrestag der Grün-	
dung des DFD)	111
Kampf gegen die Remilitarisierung in Westdeutschland und für den	
Friedensvertrag (Vorlesung an der Parteihochschule „Karl Marx“	
über das 8. Plenum des ZK der SED, 5. März 1952)	111
Mátyás Rákosi — ein konsequenter Kämpfer für die große Idee	
Lenins und Stalins	111
Ewige Freundschaft zwischen dem deutschen und dem tschecho-	
slovakischen Volk! (Aus der Rede auf dem Staatsbankett zu Ehren	
von Präsident Klement Gottwald, 11. März 1952)	111
Der Leipziger Hochverratsprozeß gegen Wilhelm Liebknecht und	
August Bebel (Eine stolze Tat der Begründer der deutschen Sozial-	
demokratie)	111
Die Hintergründe des Prozesses	111
Das Gericht	111
Die Anklage	111

Der Gerichtssaal wird zum Lektionsaal	325
Ein hilfloser Präsident	326
Die sozialistische Idee ist unbesiegbar	328
Das Bekenntnis zu Beethoven — ein Bekenntnis zum Frieden (Aus der Festansprache zum 125. Todestag Ludwig van Beethovens, 26. März 1952)	330
Genosse Stalin — 30 Jahre Generalsekretär der ruhmreichen Partei der Bolschewiki	344
Der Rapallo-Vertrag und seine nationale Bedeutung für das deutsche Volk	351
Die Konferenz von Genua	351
Abrüstungsvorschlag der Sowjetunion	353
Der Vertrag von Rapallo	354
„Ein ehrliches, aufrichtiges Friedenswerk“	357
Die große Lehre für die Gegenwart	361
Es lebe der patriotische Kampf des deutschen Volkes! (Rede am 1. Mai 1952 in Berlin)	364
Ansprache in der Bergakademie Freiberg (14. Mai 1952)	372
Es lebe der gemeinsame Kampf des deutschen Volkes und seiner Jugend! (Ansprache auf dem Sport- und Kulturfest der deutschen Jugend in Leipzig, 1. Juni 1952)	381
Stalinallee — Symbol unseres friedlichen Aufbaus (Aus der An- sprache beim Richtfest in der Stalinallee, 12. Juli 1952)	392
Die Republik baut für ihre Jugend (Aus der Rede bei der Eröffnung der Pionierrepublik am Werbellinsee, 16. Juli 1952)	401
Weg mit dem Generalvertrag! — Her mit dem Friedensvertrag! (Rundfunkansprache, 28. August 1952)	406
Kampf für Frieden und sozialistischen Aufbau (Aus der Rede auf einer Kundgebung in Magdeburg, 3. September 1952)	412

Antwort an eine Friedenskämpferin	427
Im Kampf für Frieden, Einheit, Demokratie und Sozialismus (Zum 3. Jahrestag der Deutschen Demokratischen Republik)	429
Sozialistische Friedenspolitik gegen imperialistische Kriegs- politik	431
Die ansteigende patriotische Bewegung in Westdeutschland ..	433
Die neue Entwicklungsetappe der Deutschen Demokratischen Republik	437
Von der Partei Lenins und Stalins lernen heißt siegen lernen! (Rede auf der Festveranstaltung zum 35. Jahrestag der Großen Sozialisti- schen Oktoberrevolution)	445
Der XIX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion	471
Zwei Linien der Entwicklung in der Welt	471
Kampf den USA-Kriegstreibern	477
Die Perspektive des Friedens	480
Dem Kommunismus entgegen	484
Die Partei — das Unterpfand des Sieges	492
Stalin — unser Lehrer und Führer	496
Der Aufstieg der Sowjetunion nach dem zweiten Weltkrieg	500
Stalins Plan wird verwirklicht	503
Brüderliche Familie sozialistischer Nationen	507
Die Führerin des Weltfriedenslagers	508
Erklärung des Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik	512
Die neue Entwicklung unserer Landwirtschaft (Aus der Eröffnungs- ansprache auf der 1. Konferenz der Vorsitzenden der Landwirt- schaftlichen Produktionsgenossenschaften, 5. Dezember 1952)	513
Sammelt unser Volk zum Kampf für Einheit, Friede und Un- abhängigkeit! (Zum 34. Jahrestag der Gründung der KPD)	519
Neujahrsbotschaft an das deutsche Volk (1953)	530

Lenin und der Kampf für einen dauerhaften Frieden in Europa!	538
Im Geiste herzlicher Kameradschaft und Völkerfreundschaft! (Aus der Ansprache zu den IV. Wintersportmeisterschaften in Oberhof, 15. Februar 1953)	550
Beileidstelegramm zum Ableben J. W. Stalins an den Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Genossen N. M. Schwernik	554
Karl Marx — der größte Sohn des deutschen Volkes (Zum 70. Todestag des Begründers der Lehre des wissenschaftlichen Sozialismus)	555
Stalin — der Führer der gesamten fortschrittlichen Menschheit	567
Karl Marx — der große Kämpfer und Führer des Proletariats	574
An die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik	597
Zum 60. Geburtstag des Genossen Walter Ulbricht	599
Vorwärts auf dem neuen Kurs	620
Auf die Mitarbeit aller deutschen Patrioten kommt es an! (Rundfunkansprache an die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik)	628
Brief an den Generalsekretär der Bewegung der französischen Hochschullehrer gegen die Gefahr eines neuen Weltkrieges, H. Pouget, Paris	630
Deutsche an einen Tisch!	632
Friedensvertrag und demokratische Einheit — die tiefste Sehnsucht des deutschen Volkes (Rundfunkansprache, 17. August 1953)	634
Die Moskauer Verhandlungen — eine Tat der Freundschaft (Ansprache auf dem Empfang der Regierungsdelegation, 24. August 1953)	638
Stimmt für die Einheit Deutschlands und für den Frieden! (Rundfunkansprache an die Bevölkerung Westdeutschlands am Vorabend der Wahlen)	641
Karl-Marx-Orden die höchste Auszeichnung unserer Republik (Ansprache bei der Verleihung der Urkunden im Amtssitz in Berlin, 14. September 1953)	644

An alle Mitglieder der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Schlußwort auf der 16. Tagung des ZK der SED, 19. September 1953)	646
Im Kampf für nationale Einheit, Freiheit und Wohlstand des deutschen Volkes (Zum 4. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik)	652
Vier Jahre Deutsche Demokratische Republik	663
Alle Kraft für das Wohl unseres Volkes! (Ansprache in der gemeinsamen Sitzung der Volks- und Länderkammer nach der Wiederwahl zum Präsidenten, 7. Oktober 1953)	670
Brüderliche Solidarität mit dem koreanischen Volke! (Ansprache beim Empfang einer koreanischen Handelsdelegation, 9. Oktober 1953)	673
Der Präsident dankt den Werktätigen für ihr Vertrauen (Ansprache beim Empfang einer Delegation aus dem Mansfeld-Kombinat „Wilhelm Pieck“, 26. Oktober 1953)	675
BIOGRAPHISCHE DATEN	677
Reden und Schriften Wilhelm Piecks, die als Einzelausgaben nach Oktober 1950 erschienen sind	695